

Protokoll Parlament

Sitzung Nr.	86	
Datum	Dienstag, 19. März 2019	
Beginn	19:30 Uhr	
Ende	21:45 Uhr	
Ort	Gemeindesaal Schlossgut	
Präsidium	Markus Troxler, FDP	
Vizepräsidium	Thekla Huber, SP	
Stimmzählende	Rebecca Renfer, EVP Henri Bernhard, SVP	
Protokoll	Barbara Werthmüller	
Mitglieder	SVP	Fritz Bieri David Fankhauser Marco Gehri Markus Hänni Jürg Küng Urs Strahm
	Grüne	Daniela Fankhauser André Held Jürgen Jurasch Isabelle Maurer Urs Siegenthaler Andreas Wiesmann
	SP	Mandi Lutumba Heinz Malli Linus Schärer Martin Schütz Elisabeth Striffeler
	EVP	Lukas Renfer Gabriela Schranz
	FDP	Reto Flück Beat Schlumpf Cornelia Tschanz
	GLP	Andreas Oestreicher Samuel Zaugg
	EDU	Katharina Baumann
Mitglieder Gemeinderat	Beat Moser, Gemeindepräsident Susanne Bähler Urs Baumann Werner Fuchser Andreas Kägi Gabriela Krebs Vera Wenger	
Abteilungsleitende	Bruno Buri Thomas Krebs Martin Niederberger	
Entschuldigt	Henri Bernhard, SVP Peter Gugger, EVP	

Genehmigt am 11.06.2019

Markus Troxler
Präsident

Barbara Werthmüller
Sekretärin

Eröffnung

Parlamentspräsident Markus Troxler eröffnet die 86. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 28 Mitgliedern fest. Das Parlament ist somit beschlussfähig. Die Traktandenliste mit den Unterlagen ist rechtzeitig zugestellt worden. Das Traktandum 5 wurde vor der Sitzung zurückgezogen. Zur Traktandenreihenfolge erfolgen keine Wortmeldungen, die Geschäfte werden abgesehen von Traktandum 5 wie vorgesehen behandelt.

Traktandenliste

Nr.	Gegenstand	Massnahme	Ressort
1	1.2.1 Mitteilungen Parlament	Kenntnisnahme	Präsidiales
2	1.2.1 Protokollgenehmigung	Genehmigung	Präsidiales
3	1.2.1.2 Parlament - Konstituierung Legislatur 2018 - 2021	Genehmigung	Präsidiales
4	1.34.5 Stand der unerledigten Vorstösse (Legislatur 2018 - 2021)	Kenntnisnahme	Präsidiales
5	1.2.4.1 Überarbeitung Art. 70 Baureglement – Motion SP-Fraktion (M1803)	Erheblicherklärung	Umwelt und Liegenschaften
6	1.2.4.3 Mangelhafte Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit bei der RE-Verbindung (Lötschberger) - Interpellation Gehri Marco, SVP (I1804)	Kenntnisnahme	Planung und Entwicklung
7	3.2.4 Münsingen 2030 - vorausschauend gestalten	Kenntnisnahme	Planung und Entwicklung
8	3.4.2.14 Sanierung Niesenweg	Kenntnisnahme	Infrastruktur
9	3.4.2.14 Sanierung Niesenweg	Kenntnisnahme	Infrastruktur
10	1.2.1 Einfache Anfragen	Kenntnisnahme	Präsidiales
11	1.2.4 Parlamentarische Vorstösse - Neueingänge	Kenntnisnahme	Präsidiales

Parlamentsbeschluss-Nr.	36/2019
Aktennummer	1.2.1
Geschäft	Mitteilungen Parlament 19.03.2019
Ressort	Präsidiales

Parlamentspräsident Markus Troxler begrüsst das neue Mitglied, Reto Flück, FDP, welcher bereits 2006 bis 2011 Mitglied im Parlament war.

Beat Moser, Gemeindepräsident: Ich habe euch letztes Mal versprochen, dass ich heute Abend über die Situation der Mitarbeitenden informieren werde. Unsere Aufgaben, welche wir in der Gemeinde haben, werden durch Menschen erfüllt. Tagtäglich, bei Sonnenschein, bei Schneefall sind unsere Leute drinnen und draussen und machen ihre Arbeit in vielfältigster Weise und in einer respektvollen Zusammenarbeit mit euch zusammen, den Bürgerinnen und Bürgern.

Was braucht es, damit ein solcher Rahmen gegeben ist? Etwas vom wichtigsten ist, dass wir ein klares Bekenntnis haben von den obersten Organen und da gehört ihr dazu. Das Parlament ist ganz ein wichtiges Organ, welches dazu gehört. Ihr gebt das Personalreglement frei. Dahinter steht eine Personalverordnung und aufgrund von dieser erstellen wir ein Personalleitbild. Das sind die Grundlagen, damit wir gute und effiziente Arbeit hier in der Gemeinde Münsingen liefern können.

Nach welchen Richtlinien richten wir uns? Was macht das aus? Damit eine wirkungsvolle Führung stattfinden kann, haben wir ein Kompetenzmodell ausgewählt. In diesem Kompetenzmodell beschreiben wir sämtliche Aufgaben aus den Anforderungsprofilen der Stellen. Wir sagen also klar, was wir wollen und wie wir diesen Weg beschreiten wollen. Wichtig ist, dass man den ganzen Rekrutierungsprozess, den Anstellungsprozess, den Mitarbeiterführungsprozess, also unsere Mitarbeitergespräche, bis zu einem Austritt oder einer Pension, systematisch führen kann. Das machen wir über dieses sogenannte Kompetenzmodell und das hat sich sehr bewährt. Es kam übrigens sogar bereits einmal eine Radiosendung über das Modell, welches wir hier umsetzen.

Was ist wichtig, damit wir es dann in der Umsetzung realisieren können? Etwas vom wichtigsten ist ganz sicher die gute Kommunikation. Monatlich informieren wir uns gegenseitig, auch innerhalb des Gemeinderates. Zweimal im Jahr machen wir eine Gesamtinformation hier im Schlossgutsaal. Mir ist wichtig, dass wir auch gesamthaft zu unserer Mannschaft sprechen können, da unsere Leute ständig in anderen Geschäften unterwegs sind. Es ist wichtig, dass wir auch einen eigenen „Groove“ entwickeln können in der Gemeinde Münsingen. Ganz wichtig sind auch die Anlässe, wo wir uns überhaupt zusammenfinden, wo wir zusammen Dinge machen. Wir haben diverse Sportangebote: Einmal der Mittagssport, das Bike-to-work oder wir gehen zusammen an den Münsinger Lauf, oder einige sogar nach Bern an den Grand-Prix. Das ist wichtig, damit wir uns auch zusammenfinden.

Etwas ganz wichtiges sind auch die Steuerungselemente. Wir steuern über Arbeitskontrollen, Absenzenkontrolle und wir führen auch Rückkehrgespräche. Wenn also jemand krank war oder irgendetwas nicht stimmt, ist es uns wichtig, dass wir mit diesen Leuten sprechen und im ständigen Kontakt sind. Das ist bei uns relativ klar strukturiert. Ich will euch kurz aufzeigen, was die Resultate sind und wo wir uns in der letzten Zeit verbessern konnten. Wir konnten die Absenztage deutlich senken. Wir hatten eine Zeit, wo wir relativ viele Langzeitabsenzen hatten. Diese Zahl konnten wir stark senken. Auch die Unfallzeiten, also die Zahl der Betriebsunfälle und Nichtbetriebsunfälle konnten wir deutlich senken. Auch das hat wieder damit zu tun, dass sich Leute sportlich betätigen aber auch, dass wir unsere Arbeitssicherheitsmassnahmen rigoros umsetzen. Wie gesagt, wir hatten eine Zeit lang viele Langzeitabsenzen, das hat sich natürlich auch in den Kosten ausgewirkt. In den letzten Jahren dürfen wir erfreulicherweise feststellen, dass unsere Krankentaggeldversicherungsprämie massiv zurückgegangen ist. Das ist auch ein gutes Indiz dafür, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind. Ich glaube, unsere Investitionen in die Gesundheitsvorsorge haben wirklich Früchte getragen und wir sind froh und hoffen, dass wir diese Wirkung weiterhin multiplizieren und weiter stärken können.

Ich komme zur Fluktuationsrate. Das ist in vielen Betrieben etwas, was ganz klar überwacht wird und dazu braucht es auch immer Erklärungen. Ihr seht hier zum Beispiel das Jahr 2016, wo wir sehr viele Wechsel hatten. Das war das Jahr, in welchem die Kita abgelöst wurde resp. die Kita in private Hände übergegangen ist. Aber es war auch dieser Moment, wo wir unsere Hauswirtschaft neu organisiert haben. Wir haben dort verschiedene Hauswartstellen, also Teilzeithauswartstellen umorganisiert. Im Jahr

2017 ist es dann kontinuierlich zurückgegangen und hat heute, würde ich sagen, eine natürliche, gesunde Fluktuation. Wir wissen zum Beispiel, dass im Bereich Sozialdienst die Sozialarbeitenden Menschen sind, welche ein bisschen auf Wanderschaft gehen. Es gibt kaum Sozialarbeitende, welche mehr als fünf Jahre im gleichen Job arbeiten. Sie wechseln sehr viel die Institution. Das ist übrigens nicht nur bei den Köchen so oder bei den Pflegefachleuten, das ist auch bei uns in gewissen Berufsgattungen einfach so.

Ich möchte euch noch kurz die Entwicklung der Vollstellen zeigen. Ihr seht im Jahr 2015 hatten wir auf das Jahresende den Abgang der KITA. Das hat sich dann bis ins Jahr 2016 hinein vollzogen. Das ging Schritt um Schritt. Ihr werdet staunen, dass wir letztes Jahr so viele neue Mitarbeitende hatten. Ihr müsst nicht Angst haben, dass führt nicht irgendwie zu einer Kostenexplosion. Wir haben einen neuen Mitarbeitenden in der Abteilung Bau für die Projektorganisation, also für unsere Projekte, die Projektbetreuung, angestellt. Das andere sind alles Wechsel im Bereich der Tagesschule. Wir hatten viele Tagesschulmitarbeitende, welche gerade knapp bei den 30 % im Anstellungsverhältnis waren. 30 % heisst, dass wir von einem Privatrechtlichen in ein öffentlich-rechtliches Anstellungsverhältnis wechseln. Und hier führen wir nur die öffentlich-rechtlichen Stellen. Durch diesen Wechsel nahm es hier zu. Es hat aber auch anzahlmässig in der Tagesschule am meisten neue Mitarbeitende gegeben, welche wir rekrutiert haben. Dies, da dort auch einfach eine grosse Nachfrage herrscht.

Was sind die Herausforderungen momentan? Unsere Herausforderung ist, weiterhin das Zusammenspiel unter unseren Abteilungen zu verbessern. Wir haben sehr gute Resultate, zum Beispiel arbeiten unsere Steuern sehr eng mit dem Sozialen zusammen, der Werkhof arbeitet sehr stark mit den InfraWerken zusammen. Also dort sind wir nach wie vor dran, das weiter zu entwickeln so dass alle möglichen Schnittpunkte nahtlos in einander übergehen und nicht mehr Schnittstellen bleiben.

Zur Zusammenarbeit mit der Region. Daran sind wir auch, dass wir gewisse Dinge regional zu koordinieren versuchen, um bessere Resultate für alle zusammen zu bringen. Eine grosse Herausforderung ist die demografische Entwicklung. Diese zeige ich euch gleich noch in einer eindrücklichen Grafik. Nicht zuletzt ist die Gemeinde heute im Wettbewerb. Wir sind sehr nahe an Bern und uns werden gute Leute zum Teil zu massiv höheren Löhnen vom Kanton und vom Bund abgeworben. Das ist aber auch ein natürlicher Wettbewerb, welchem wir uns stellen müssen. Darum müssen wir auf verschiedenen Ebenen etwas bieten können. Die demografische Entwicklung: Ihr seht hier, wie die Schere auseinander geht. Die Schere zeigt auf, wie viele 16-jährige neu in den Arbeitsprozess kommen und wie viele in den nächsten Jahren in die Pensionierung gehen. Das Delta, wenn ich in die Pension gehe mit ordentlichem Pensionsalter im 2024 heisst das, dass 80'000 neu in den Arbeitsprozess kommen und 110'000, also 30'000 mehr, aus dem Arbeitsprozess herausgehen. Dieser Kampf um die Fachleute wird jedes Jahr dramatischer und wird zunehmen. Es gibt verschiedene Ansatzpunkte: Mehr Frauen in den Arbeitsprozess, Migration oder länger Arbeiten oder Technisierung der Arbeitsabläufe, Automatisierung der Arbeitsabläufe. Es gibt verschiedene Ansätze und es wird wahrscheinlich ein Mix daraus geben. Nichts desto trotz, es sagt auch ein bisschen, was hier auf uns zukommt und wir merken, dass in gewissen Fachgebieten, nicht überall, aber in gewissen Fachgebieten wird es eng.

Was sind unsere Handlungsfelder? Etwas ganz wichtiges ist, dass wir unsere Attraktivität aufrechterhalten können. Wir dürfen sagen, dass wir heute gute Bedingungen haben, auch dank euch haben wir gute Bedingungen, ganz einen herzlichen Dank auch an eure Stelle. Wir bekommen Budgets genehmigt, wir sind handlungsfähig, wir können unsere Leute motivieren, wir können sie zielstrebig führen. Das ist nicht selbstverständlich. Ich weiss, dass dies in vielen Gemeinden immer wieder zu grossen Diskussionen Anlass gibt. Ich glaube die Wertschätzung von euch ist mit dem wirklich gegeben. Wir haben attraktive Anstellungsbedingungen, das dürfen wir sagen.

Etwas, was uns momentan ein bisschen Bauchschmerzen macht: Wir haben zwei Lohnsysteme im Kanton. Wir gehen nach dem kantonalen Lohnsystem. Es gibt ein lineares System, dies verwenden wird heute. Das ist ein einfaches Modell; jede Lohnstufe, jede Gehaltsstufe hat gleich viel Wert. Es gibt aber auch ein degressives Modell. Zu diesem Modell sind der Kanton und ganz viele Gemeinden übergegangen. Das heisst, dass jemand in jüngeren Jahren einen grösseren Lohnzuwachs hat. Das heisst eine Gehaltsklasse ist dann mehr wert. Eine Gehaltsstufe ist dann vielleicht 1 % wert, heute hat sie einen Wert von linear 0.75 %. Das verändert die degressive Lohnkurve. Wir werden euch Mitte Jahr den Antrag stellen, das Reglement zu ändern und auch zu diesem degressiven Lohnsystem überzugehen, weil wir dort momentan nicht mehr mithalten können mit dem Markt. Die Leute, vor allem die jüngeren Leute kommen von diesem degressiven System her und das ist anders aufgegleist. Das hat auch ein wenig mit der Leistungskurve zu tun, welche das degressive Modell berücksichtigt. Es macht einfach keinen Sinn, dass ein 60-jähriger immer noch viel mehr Lohn verdient, weil er wird nicht mehr viel besser und schneller. Er hat sicherlich einen hohen Erfahrungswert, was sicher auch etwas wert ist, aber die Leistungskurve ist ganz klar eher am Abflachen. Darum trägt das degressive Lohnsystem dem auch Rechnung. Ich hoffe ich konnte euch einen kleinen Einblick in die Situation geben. Wir haben eine gute Situation hier in Münsingen. Wir sind stolz hier arbeiten zu dürfen und diese Leistungen erbringen zu dürfen. Merci vielmals.

Andreas Kägi, Ressortvorsteher Planung und Entwicklung: Ich möchte euch die aktuellsten Entwicklungen zur Entlastungsstrasse (ESN), Industriestrasse und noch zwei, drei anderen Dingen und Informationen aus dem Ressort Planung und Entwicklung mitteilen. Bei der Entlastungsstrasse haben wir Ende Februar die Überbauungsordnung (UeO) beim Amt für Gemeinden und Raumordnung (AGR) eingereicht. Sie prüfen dies jetzt vor. Wir werden bis spätestens am 30.06.2019 vom AGR Bescheid erhalten, ob das gut ist oder ob es noch Korrekturen braucht. Ihr seht hier den Terminplan. Wir werden etwa heute in einem Jahr, April 2020, mit diesem Projekt hier ins Parlament kommen und nachher könnt ihr über dies beraten und entscheiden. Die Idee ist immer noch, dass wir 2021 mit dem Bau beginnen und 2023 mit der Entlastungsstrasse fertig sind. Also ihr seht da ist ein grosser Schritt nach vorne gegangen. Jetzt kommen zuerst Planungsbehörden nachher werden wir weiter gehen in die Mitwirkung usw. und dann kommt der ganze politische Prozess.

Zur Industriestrasse: letzte Woche haben wir vom Bundesamt für Verkehr (BAV) eine ganz entscheidende positive Nachricht erhalten. Und zwar, dass das BAV einverstanden ist, das vierte Gleis mehr oder weniger entlang von der heutigen Interessenslinie zu planen und zu verwirklichen. Das heisst, dass wir jetzt diese Perronkante hier in der UeO Senevita direkt an das vierte Gleis heran bauen können. Beat Moser und ich sind extra noch zum BAV gegangen, um dies zusammen mit der SBB und dem Kanton, Amt für öffentlichen Verkehr, zu bewirken. Und wir haben es hinbekommen, dass sie das bewilligt haben und es planerisch mit der SBB umsetzen können. Die Planung beginnt jetzt sofort, weil wir wollen vorwärts machen auch im Zusammenhang mit der Industriestrasse. Ich komme nachher darauf zurück. Mit dem Entscheid vom BAV haben wir einen massiven Gewinn der Infrastruktur aber auch von dem Zugang des Dorfteils West. Die Zugnutzer können jetzt ebenerdig in den Zug einsteigen Richtung Bern. Auf dieses Gleis kommen alle Schnellzüge, also es wird ein Hochgeschwindigkeitsgleis sein, wo sie mit 180 - 200 km/h durchfahren können. Darum wird das Gleis auch relativ lang. Also diese Weiche wird irgendwo beim Heim und Hobby, wahrscheinlich noch weiter vorne sein, das sehen wir dann. Aber ganz sicher wird das eine relativ gerade Kurve geben, wenn man das so sagen kann. Es werden alle Regionalzüge aus Thun Richtung Bern auf diesem Gleis halten und es werden alle RE Lötschberger auf diesem Gleis halten. Und der Viertelstundentakt wird auf diesem Zwischengleis abgefertigt werden, also das sind Züge, welche von Bern nach Münsingen fahren und nachher wechselt der Lokführer den Stand und fährt wieder zurück nach Bern. Also ein massiver Gewinn für den Dorfteil West und für Münsingen insgesamt. Ich glaube das ist eine ganz erfreuliche Entwicklung und das gibt aber auch Druck auf die neue Industriestrasse. Da waren wir natürlich vorbereitet, weil wir als Optimisten natürlich immer mit diesem Entscheid gerechnet haben. Wir werden im Juni 2019 hier drin über einen Vorprojektkredit beraten für die neue Industriestrasse. Wir wollen gerne im Herbst 2021 den Parlamentsbeschluss fällen und nachher auch wieder die Bauphase 2022 - 2023 durchführen. Ihr seht, das politische Versprechen, welches ich hier einmal abgegeben habe, sollte eigentlich so realisiert werden können mit diesem Zeitplan. Wir wollen die neue Industriestrasse gleichzeitig eröffnen mit der Entlastungsstrasse. Aber wenn es nach diesem Zeitplan geht, sollte das eigentlich möglich sein.

Ebenfalls erfreulich, wir haben seit letztem Dezember den Bürgerbus zwischen Münsingen und Worb. Ihr seht, dass die ersten Zählungen, welche wir im Januar gemacht haben, ein ganz erfreuliches Resultat ergeben haben. Also dieser Bus wird benutzt und gebraucht. Wir hoffen, dass dies auch weiterhin so weitergeht. Auch in der Sommerzeit vor allem, sonst fällt dann der Durchschnitt. Aber wenn das so drei Jahre geht und die Durchschnittszahlen stimmen, werden wir in einen definitiven Betrieb übergehen können nach Ablauf dieser drei Jahre.

Ich habe es etwas schade gefunden, dass das Postulat der Grünen als ungültig erklärt werden musste aber es ist jetzt halt so. Ihr habt es jetzt neu eingereicht. Wir haben den Antrag für den Gemeinderat natürlich bereits vorbereitet gehabt und dann wurde gesagt, es sei ungültig. Ich habe bereits Anfangs Februar, als ich das Postulat gesehen habe, der Abteilung Bau den Auftrag gegeben, ein Konzept zu entwickeln für die Begrünung des Busbahnhofes, weil ich sehe es nämlich auch nicht ein, wieso man dort keine Bäume pflanzen kann. Also es hat ganz sicher Leitungen darunter, das ist so, aber etwas kann man pflanzen und das Konzept seht ihr hier, ist bis im Spätherbst 2019, also das ist dieses Jahr, will ich es sehen und dann werden wir euch auch informieren, um was es geht und wie wir es uns das vorstellen. Also da haben wir etwas schneller geschaltet, als die Politik, respektive als die Ungültigkeitserklärung. Das ist übrigens ein Symbolbild, nicht, dass dann jemand kommt und sagt, wir haben drei Bäume. Nur, dass ich es auch gesagt habe und es im Protokoll drin steht: Es ist ein Symbolbild. Manchmal wird man ja an den Worten und Bildern gemessen.

Zukunft Parzelle altes Coop, Vorplatz neues Coop: Da will ich euch auch informieren über die neuste Entwicklung. Wir haben auf der Parzelle vor dem Coop, SLM – Coop, also das ist auch ein Symbolbild, ob es dann so aussieht ist dann immer noch die Frage. Ob dann hier fünf Bäume oder sechs Bäume oder drei Bäume stehen, darauf müsst ihr mich auch nicht behaften. Ich muss es auch immer wieder sagen, ein Symbolbild. Wir haben hier diesen Platz vor dem Coop und SLM. Dort hat die SLM aus dem Einspracheverfahren vor 13 oder 15 Jahren, 14 Parkplätze herausgehandelt. Dafür haben sie dann die Einsprache zurückgezogen. Wir haben jetzt in sehr kooperativen und konstruktiven Verhandlungen mit der SLM erwirken können, dass diese Parkplätze hier wegkommen und dafür hinter dieses Haus hier, die stehen

heute übrigens bereits, das sind neun Parkplätze hinter der Abteilung Bau, diese sind heute noch mit einem Ticketautomaten bedient. Diese Parkplätze wären exklusiv für das Gebäude SLM, also auch für Kunden der Bergers Bäckerei und auch vom Bierladen und so weiter. Diese wären zur Verfügung, exklusiv und werden nicht bewirtschaftet, sondern das sind Gratisparkplätze. Also diese Parkplätze auf dem Vorplatz wären weg und damit entsteht hier auch mehr Raum oder besserer Raum, um irgendetwas Sinnvolles zu gestalten. Da sind wir jetzt dran. Also das werden wir nicht gleich heute oder morgen machen, denn dieser Kreisel wird erst 2021 verschoben. Der Kanton zahlt hier einfach den Teer. Es ist dann an uns, etwas Sinnvolles zu machen. Daran sind wir momentan.

Nachher die alte Parzelle Coop, da ist jetzt der alte Coop bereits weg. Ihr seht hier, der neue Kreisel wird relativ ostwärts, ellipsenförmig da in das alte Coop hineingedrückt. Da hat der Gemeinderat Ende 2013 auf ein Kaufrecht dieser Parzelle verzichtet. Wir haben den Zustand so übernehmen müssen und wir werden nächste oder übernächste Woche mit Coop versuchen, dort diese Parzellensituation so zu regeln, dass wir dort wieder in eine gleiche Situation, oder zumindest die Zielsetzung in eine gleiche Situation hinein kommen, wie vor 2013. Damit haben wir diese Parzelle zumindest einmal gesichert und können nachher schauen, wie wir sie weiterentwickeln können. Können wir sie für ein eigenes Projekt weiterentwickeln oder können wir sie weiterentwickeln im Zusammenhang mit der Ortsplanung 2030? Richtung Tägertschistrasse bis hinauf zum Hertig ist ja ein Entwicklungsschwerpunkt. Das konntet ihr im Grundlagenbericht lesen und dort hätte man mindestens die Finger drin, wenn es dann um diese Entwicklung geht. Es ist am Schluss eine Frage des Preises, sage ich hier ganz unumwunden, Coop wird diese Parzelle nicht gratis geben und die Gemeinde wird nicht jeden Preis zahlen können. Das wäre es, merci.

Gabriela Krebs, Ressortvorsteherin Soziales und Gesellschaft: Das Papier, welches ihr heute auf eurem Platz habt, ist aus meiner Abteilung Soziales und Gesellschaft. Das Politkaffee ist ein Pilot und läuft unter dem Logo von Münsingen. Es ist aber kein Abstimmungskampf, keine Stimmungsmacherei. Das wollen und dürfen wir auch nicht. Das ist nicht die Idee. Der Hintergrund ist aber ein politischer, die Abstimmung vom 19.05.2019 über die Änderungen in der öffentlichen Sozialhilfe. Der Anlass selbst, das ist mir wichtig hier zu sagen, ist nicht politisch. Aber es bietet der Bevölkerung Gelegenheit, Fragen zu einem Thema zu stellen, wo häufig viel Halbwissen besteht und welches manchmal etwas emotionsgeladen ist. Es ist ein Informations-, Frage- und Austausch Anlass. Wir werden dort nicht Pro oder Kontra für diese Abstimmung weiblern. Das zum einen. Das andere ist gerade etwas Aktuelles. Ich war heute Nachmittag an der Vereinsversammlung des Vereins 65+. Ich hatte wahnsinnige Freude, was unsere ältere Generation hier in Münsingen bewirkt. Der Seniorenrat, also der Vorstand des Vereins, hat aus ihren verschiedenen Arbeitsgruppen berichtet. Es ist beeindruckend, was sie mit so viel Freude, mit einem grossen Einsatz im 2018 geleistet haben. Besonders zu erwähnen ist, von euch war wahrscheinlich noch niemand dort, der Seniorentreff einmal im Monat, welchen sie mit sehr attraktiven Themen füllen und der sehr gut besucht ist. Er ist auch eine Aktion gegen ein oder für eines ihrer Hauptthema der Einsamkeit, mit welcher viele ältere Leute ringen. Sie sind gerade voll in den Vorbereitungen für das Seniorenforum vom 14.05.2019, auch zum Thema Einsamkeit. Ich hatte sehr viel Freude heute. Es wurden gerade zwei sehr starke Frauen neu in den Seniorenrat, also in den Vorstand, gewählt. Der Vorstand stand bisher manchmal etwas in der Kritik, er sei „männerlastig“, aber es hatte bisher einfach nicht mehr Frauen, welche sich für dieses Amt beworben hatten. Jetzt sind es zwei super Frauen, welche heute gewählt worden sind. Ich hatte wirklich sehr Freude.

Susanne Bähler, Ressortvorsteherin Infrastruktur: Ich möchte euch kurz einen Abriss geben, was alles in der Abteilung Bau läuft, auch bezüglich Strassenbau. Das Erste ist die Information von Bürgerinnen und Bürgern bei Strassensanierungen. Da Strassensanierungen stets ein Ärgernis sind, sind wir zum Entschluss gekommen, proaktiver zu kommunizieren. Für uns ist es manchmal schwierig nachzuvollziehen, ob die Hausverwaltungen die von der Gemeinde zugestellten Informationsschreiben den Eigentümern oder Mietern auch weiterleiten. Neu werden an den zu sanierenden Strassen Informationstafeln aufgestellt, somit hat jeder, welcher sich interessiert, die Möglichkeit sich zu informieren.

Ein nächster Punkt ist der Strassacher. Die Eignungs- und Zuschlagskriterien sind erstellt und im Gemeinderat am 06.03.2019 genehmigt worden. Die Eignungs- und Zuschlagskriterien bilden den Nachweis für fachliche, technische, organisatorische und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit vom Anbieter. Es wird die anbietende Firma, sowie die angebotene Leistung beurteilt. Im Sandacher sind die Zuschlagskriterien 60 % Preis, 20 % Bauprogramm und 20 % Schlüsselpersonen. Was ist denn eigentlich eine Schlüsselperson? Das ist so, dass sich die Abteilung Bau vorbehält, diese sogenannte Schlüsselperson, das ist z. B. ein Bauleiter, einzuladen und mit ihm ein Eingangsgespräch zu führen. Die Firma Geobau hat die Submissionsunterlagen für die Ausschreibungen zu den Baumeisterarbeiten zur Erschliessung der Strasse erarbeitet und diese sind derzeit öffentlich ausgeschrieben. Wenn alles nach Plan läuft, ist der geschätzte Baubeginn am 03.06.2019. Das gleiche ist im Prinzip auch bei der Sanierung Erlenauweg geschehen. Auch dort sollte der Start, wenn alles klappt, um den 03.06.2019 verlaufen resp. starten.

Zur Verbreiterung Schneckenwägli: Im Zusammenhang mit der Überbauung Sandacher, Tägertschistrasse 17, ist im Schneckenwägli eine neue Entwässerungsleitung erstellt worden. Die wichtige

Schulwegverbindung ist im Zusammenhang mit den Instandsetzungsarbeiten von der Entwässerungsleitung auf zwei Meter verbreitert worden. Neu auch treppenfrei, das heisst behindertengerecht. Das führt auch zu einer Vereinfachung vom betrieblichen Unterhalt und auch vom Winterdienst. Zur Regelung der Kosten hat der Gemeinderat mit der Bauherrschaft Sandacher einen Erschliessungs- und Infrastrukturvertrag abgeschlossen. Die Gemeinde hat sich bei den Mehrkosten von etwa CHF 12'000.00 für die Verbesserung vom bisherigen Zustand vor dem Leitungsbau beteiligt.

Zur Lorymatte, Belpbergstrasse: der Verbindungsweg ist jetzt erstellt und der Deckbelag sollte bis Ende Jahr drin sein.

Betreffend Bückenkataster: Da für die bestehenden Brücken von Münsingen, Tägertschi und Trimstein fast keine oder zum Teil gar keine Unterlagen bestehen, ist man zum notwendigen Entschluss gekommen, einen Brückenkataster zu erstellen. Das gewährleistet die Sicherheit. Die Bausubstanz von den Brücken kann besser und qualifizierter beurteilt werden. Auch das sollte bis Ende 2019 erfolgen, resp. bis dann sollte eine Datenbank erstellt werden, wo das ganze eingefügt ist. Alles Weitere werde ich euch in einem späteren Zeitpunkt sagen. Ich mache jetzt hier den Schnitt, weil es gäbe noch so viel zu erzählen aus dem Strassenbau, das behalte ich mir aber vor für ein anderes Mal.

Parlamentsbeschluss-Nr.	37/2019
Aktennummer	1.2.1.2
Geschäft	Geschäftsprüfungskommission - Ersatzwahl
Ressort	Präsidiales
Protokollauszug	<ul style="list-style-type: none"> Abteilung Präsidiales und Sicherheit

Ausgangslage / Sachverhalt

Lukas Bolliger, FDP, ist per 31.01.2019 als Mitglied des Parlaments zurückgetreten. Er ist deshalb auf diesen Zeitpunkt hin auch aus der Geschäftsprüfungskommission ausgetreten.

Für den freigewordenen Sitz in der Geschäftsprüfungskommission wird von der FDP-Fraktion vorgeschlagen:

- Cornelia Tschanz

Auf entsprechende Frage gehen aus der Versammlung keine Vorbehalte oder Ergänzungen ein. In Anwendung von Art. 59 Geschäftsordnung Parlament erklärt Markus Troxler

- Cornelia Tschanz, FDP, als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission für den Rest der Legislatur**

als gewählt.

Parlamentsbeschluss-Nr.	38/2019
Aktennummer	1.34.5
Geschäft	Stand der unerledigten Vorstösse per 31.12.2018
Ressort	Präsidiales
Protokollauszug	<ul style="list-style-type: none"> Abteilung Präsidiales und Sicherheit Abteilung Bau Abteilung Soziales und Gesellschaft

Ausgangslage

Nach Artikel 42 Geschäftsordnung für das Gemeindeparlament orientiert der Gemeinderat das Parlament jeweils im ersten Quartal des Kalenderjahres unter Angabe des Standes der Bearbeitung oder der Umsetzung über erheblich erklärte Motionen und Postulate, welche innert Jahresfrist seit der Erheblicherklärung nicht erfüllt worden sind.

Sachverhalt**Unerledigte Vorstösse**

Gegenstand	Datum	Einreichende	Stand der Behandlung	Erledigungs-termin
Einrichtung Mobilitätszentrum Bahnhof West	16.10.2017	Grüne-Fraktion	Die Abteilung Soziales und Gesellschaft steht in Verhandlungen mit dem Verein Ufwärts Münsingen. (www.ufwaerts-aaretal.ch) Es ist vorgesehen, Ufwärts mit einem Leistungsauftrag zum Aufbau und Betrieb eines Velokurierdienstes nach dem Vorbild von Collectors zu mandatieren (www.collectors-so.ch) Es ist geplant, das Projekt in freien Räumlichkeiten des Werkhofs unterzubringen. Der Schuppen beim Bahnhof ist leider mit einem Mehrjahresvertrag belegt. Die Option eines späteren Umzugs ins Zentrum Bahnhof West wird vorbehalten.	2019
Energiezukunft Münsingen - Definition Handlungsfelder	06.10.2017	Spezialkommission Energie	Auftrag zur Umsetzung an InfraWerkeMünsingen im Dezember 2017 erfolgt. - PV-Anlage Schlossmatt ist in Planung - Prosumer Modell ist aus gesetzlichen Gründen nicht umsetzbar.	Offen
Ausarbeitung einer Potenzialstudie und eines Konzeptes für die Verdichtung nach Innen unter Einbezug der Auswirkungen auf die Infrastruktur und die mittel- bis längerfristige Ortentwicklung	21.03.2017	GLP-Fraktion und 7 Mitunterzeichnende	Die Potenzialstudie bzw. das Konzept Sein (Siedlungsentwicklung gegen Innen) ist in Bearbeitung und wird dem Parlament 2019 präsentiert.	2019
Künftige Nutzung Parzelle 199, (heutiger Coop)	17.03.2015	GLP-Fraktion (Postulat)	Die Gestaltung der Restflächen im Strassenraum ist in Bearbeitung und wird mit dem Projekt Ortsdurchfahrt koordiniert. Die zukünftige Nutzung der Parzelle 199 (alter Coop) ist ein Thema im Rahmen der Bereinigung der baurechtlichen Grundlagen (GBR und Zonenplan). Von Seiten der Grundeigentümerin sind keine konkreten Entwicklungsabsichten bekannt.	bis 2022

Beschluss

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament folgenden

Beschluss:

Vom Stand der Bearbeitung/Umsetzung über erheblich erklärte Motionen/Postulate gemäss vorstehender Tabelle „Unerledigte Vorstösse“ wird Kenntnis genommen.

Beat Moser, Gemeindepräsident: Ich habe noch eine kleine Ergänzung zum Punkt Energiezukunft Münsingen. Ich werde euch nächstes Mal am 11.06.2019 darüber informieren. Erstens über den Geschäftsabschluss der InfraWerke letztes Jahr und ich werde euch auch erklären, wieso dieses Prosumer-Modell den gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht. Wir haben das im Gemeinderat noch nicht behandelt, darum werde ich heute Abend noch nicht informieren aber am 11.06. Zum Schluss will ich euch auch darauf aufmerksam machen, dass die PV-Anlage auf der Schlossmatt im Moment im Bau ist. Wenn ihr einmal schauen gehen wollt, dann seht ihr dort, dass es ein ziemliches Kraftwerk gibt, welches auch nachhaltige Energie erzeugt.

Beschluss

Vom Stand der Bearbeitung/Umsetzung über erheblich erklärte Motionen/Postulate gemäss vorstehender Tabelle „Unerledigte Vorstösse“ wird Kenntnis genommen.

Parlamentsbeschluss-Nr.	39/2019
Aktennummer	1.2.4.3
Geschäft	Mangelhafte Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit bei der RE-Verbindung (Lötschberger) - Interpellation Gehri Marco, SVP (I1804)
Ressort	Planung und Entwicklung
Protokollauszug	<ul style="list-style-type: none">• Gemeinderat Andreas Kägi• Abteilung Bau
Beilage	<ul style="list-style-type: none">• Interpellation – Marco Gehri, SVP-Fraktion• Erhebung der Ausfälle des RE ab Münsingen 2017-2018• Stellungnahme BLS AG vom 20.11.2018

Ausgangslage

Am 05.11.2018 hat Marco Gehri von der SVP-Fraktion die Interpellation „Mangelhafte Zuverlässigkeit und Pünktlichkeit bei der RE (Lötschberger) – Verbindung“ mit einer Statistik zum RE Lötschberger eingereicht (siehe Beilagen).

Der RE Lötschberger sei einerseits sehr verspätungsanfällig, was zu Anschlussbrüchen in Bern führen kann. Andererseits werden beim RE Lötschberger viele Zugausfälle beobachtet, oftmals aufgrund einer Fahrzeugstörung. Während Reisende aus Spiez und Thun bei einem Ausfall oder Verspätung des RE Lötschbergers eine zusätzliche Verbindung mit dem IC haben, verpassen Bahnkunden aus Münsingen mangels Alternative ihre Anschlüsse in Bern. Weiter komme es mehrmals pro Monat vor, dass die Züge mit einem reduzierten Platzangebot verkehren, dies ebenfalls infolge Fahrzeugstörung.

Mit der Interpellation werden die folgenden Fragen an den Gemeinderat gestellt:

- Was hat der Gemeinderat hier für einen Handlungsspielraum, mit dem Ziel eine bessere Zuverlässigkeit dieser Verbindung zu erreichen?
- Ist es dem Gemeinderat möglich, bei der regionalen Verkehrskonferenz bzw. beim Kanton (Amt für öffentlichen Verkehr), Bundesamt für Verkehr BAV oder evtl. sogar direkt bei der BLS AG mittels einer Mängelrüge zu intervenieren?
- Da davon ausgegangen werden muss, dass die BLS die Problematik nicht in absehbarer Zeit in den Griff bekommen wird (offensichtlich sehr pannenanfälliges Rollmaterial, kein Ersatzrollmaterial bei Störungen), sollte ein Plan B aufgestellt werden: Bei Ausfall der Verbindung ab Spiez oder Thun könnte der IC61 der SBB einen ausserordentlichen Halt in Münsingen einlegen und die Passagiere ab Münsingen mitnehmen. Durch den zusätzlichen Halt in Münsingen würde dieser Zug lediglich rund 3 Minuten verlieren, welche durch einen um diese drei Minuten verkürzten Halt (gemäss Fahrplan hat der Zug in Bern zwölf Minuten Wartezeit) wieder wettgemacht werden könnten.

- Kann dieser Vorschlag dem Kanton weitergeleitet werden?

Sachverhalt

Aufgrund der Interpellation hat Andreas Kägi als zuständiger Gemeinderat Ressort Planung und Entwicklung beim CEO der BLS am 07.11.2018 direkt und schriftlich interveniert und konkrete Lösungsvorschläge verlangt.

Der CEO der BLS AG nimmt mit Schreiben vom 20.11.2018 zur Interpellation Stellung (siehe Beilage) und hat die folgenden Massnahmen beschlossen:

- Ab Fahrplanwechsel vom 09.12.2018 wird bei einem Ausfall des RE Lötschbergers nach Bern der IC Interlaken/Brig-Basel in Münsingen halten, sofern dieser pünktlich verkehrt.
- 2017/2018 wurde eine komplette Revision der Kupplungen durchgeführt und es wurden diverse technische Modifikationen umgesetzt (neue Druckfeder, neuer Klemmkasten)
- Aufbau eines „Kompetenzzentrums Kupplungen“ mit speziell geschulten Mitarbeitenden und Lagerhaltung der kritischen Ersatzteile
- Wintercheck im Herbst 2017 und Folgejahre der Kupplungsvorrichtungen (permanente Schutzhaube anbringen, Heizungen überprüfen)
- Ab Fahrplanwechsel vom 09.12.2018 wird dank der neuen Kreuzungsstelle Eifeld ein neues Fahrplan-konzept mit systematisiertem Fahrplan im Simmental eingeführt. Ab diesem Zeitpunkt sollten die Züge auf dem Simmental bedeutend pünktlicher verkehren und somit Auswirkungen auf den „Zug-lauf“ Richtung Bern verbessert werden.

Mit der Stellungnahme und den beschlossenen Massnahmen der BLS AG werden die Fragen in der Interpellation beantwortet. Insbesondere der Halt des IC Interlaken/Brig-Basel in Münsingen, bei einem Ausfall des RE Lötschbergers, ist sehr erfreulich und führt zu einer Verbesserung der heutigen Situation für die Bahnkunden in Münsingen.

Marco Gehri, SVP-Fraktion: Ich denke, das meiste konntet ihr bereits lesen. Es ist auch die Antwort, welche jetzt vorliegt. Um was es geht, muss ich wohl hier nicht mehr sagen. Es ist die Zuverlässigkeit dieser Verbindung, welche wirklich etwas zu wünschen übrig gelassen hat. Die vielen Ausfälle und auch die vielen Verspätungen, welche dann dazu führen, dass gewisse Bahnkunden ihre Anschlüsse in Bern verpasst haben. Das war eigentlich der Anlass und die Antwort haben wir ja jetzt bekommen.

Parlamentsbeschluss-Nr.	40/2019
Aktennummer	3.2.4
Geschäft	Münsingen 2030 - vorausschauend gestalten - Kenntnisnahme Grundlagenbericht
Ressort	Planung und Entwicklung
Protokollauszug	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinderat Andreas Kägi • Abteilung Bau
Beilage	<ul style="list-style-type: none"> • Grundlagenbericht vom 07.02.2019
Auflage (während Öffnungszeiten bei der Abteilung Bau)	<ul style="list-style-type: none"> • Schlussbericht Teilprojekt Sozioökonomie vom 09.01.2019 • Auswertung 2. Bevölkerungsworkshop vom 15.11.2018 • Präsentation 2. Bevölkerungsworkshop vom 24.10.2018 • Auswertung Schülerworkshop vom 10.09.2018 • Auswertung 1. Bevölkerungsworkshop vom 28.08.2018 • Präsentation 1. Bevölkerungsworkshop vom 14.08.2018

Ausgangslage

Parlamentsbeschluss 15/2018 vom 29.05.2018 - Münsingen 2030 - vorausschauend gestalten - Investitionskredit

Das Parlament hat am 29.05.2018 den Investitionskredit für die Umsetzung des Projekts „Münsingen 2030 – vorausschauend gestalten“ in der Höhe von CHF 698'000.00 genehmigt. Es hat das Ressort Planung und Entwicklung sowie die Abteilung Bau mit der Aus- und Überarbeitung der Grundlagen sowie mit der Überarbeitung der baurechtlichen Grundordnung beauftragt. Seither wurden verschiedene Grundlagen erarbeitet.

Bevölkerungsworkshops und Schülerworkshop

Es fanden zwei Workshops mit der Bevölkerung und ein Schülerworkshop statt. Die Inhalte und die Auswertung der Resultate können den Aufledgedokumenten entnommen oder über die Homepage der Gemeinde eingesehen werden. Die Erkenntnisse wurden bzw. werden für die bereits erfolgten und die zukünftigen Planungsschritte mitgenommen.

Sozioökonomie

Im Teilprojekt Sozioökonomie wurden exogene Treiber wie z.B. der Einfluss der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung auf die Siedlungsentwicklung untersucht. Im Vordergrund standen sozioökonomische Entwicklungen mit einem Raumbezug, d.h. Entwicklungen, welche einen Infrastrukturbedarf nach sich ziehen oder Entwicklungen, welche Ansprüche an die Gestaltung der Siedlungs- und Freiräume, der Verkehrsräume usw. zur Folge haben. Die Analysen und Ergebnisse sind in dem Schlussbericht dargestellt. Dieser ist Beilage dieses Geschäftes und auch auf der Homepage der Gemeinde ersichtlich.

Link Homepage: https://www.muensingen.ch/de/aktuelles/meldungen/laufende-Projekte/#anchor_e5893daf_Accordion-Muensingen-2030

Sachverhalt

Grundlagenbericht

Das Projektteam, der Ausschuss Münsingen 2030 sowie die beteiligten Kommissionen (Planung, Infrastruktur, Umwelt- und Liegenschaften) und der Gemeinderat haben inzwischen räumlich gesamtheitliche Standortbestimmungen vorgenommen und die Stossrichtungen für die Zukunft festgelegt. Das Ergebnis daraus liegt nun in Form des Grundlagenberichts vom 07.02.2019 vor. Das Dokument ist in der Beilage einsehbar.

Inhalt

Der Grundlagenbericht stellt schwergewichtig die Themen sozioökonomische Verhältnisse und exogene Treiber dar und zeigt die Siedlungsentwicklung nach innen (SEin) und die städtebaulichen Prinzipien für die Innenentwicklung sowie die aufzuwertenden öffentlichen Räume, Siedlungsbegrenzungslinien und die ortsbauliche Haltung für die Ortsteile Trimstein und Tägertschi auf. Aus der im Grundlagenbericht vorgenommenen Standortbestimmung wurden die Stärken und Schwächen der Gemeinde evaluiert und daraus der Handlungsbedarf bis 2030 ermittelt.

Wichtigste Ergebnisse aus dem Grundlagenbericht:

- Münsingen verfügt über viele Qualitäten, die erhalten bleiben
- Münsingen ist im Zentrum städtisch, in den Wohnquartieren sowie in Trimstein und Tägertschi dörflich
- Siedlungsentwicklung nach innen
- Entwicklung findet im Zentrum statt
- Keine grösseren Einzonungen
- Hochwertige Freiräume im Siedlungsgebiet
- Verbessern der Verkehrssituation
- Aktive Standortförderung zur Stärkung des Arbeitsplatzes Münsingen
- Vielfältiges und attraktives Wohnungsangebot
- Förderung erneuerbarer Energieträger
- Bevölkerung wird in der Projekt Münsingen 2030 einbezogen

Grundsätze des Gemeinderates

Aufgrund der Analyse der Entwicklung der Gemeinde in den letzten Jahren sowie den Resultaten aus den Bevölkerungs- und dem Schülerworkshop hat der Gemeinderat elf Grundsätze mit generellen Zielsetzungen und Lösungsansätzen für das Projekt Münsingen 2030 erarbeitet. Zur besseren Verständlichkeit sind sie mit Beispielen ergänzt.

Rechtliche Stellung

Der vorliegende Grundlagenbericht ist ein Strategiepapier des Gemeinderats. Er ist weder ein kommunaler Richtplan noch ein Konzept nach Art. 57 BauG und daher nicht behördenverbindlich. Der Bericht bedarf auch keiner Mitwirkung, Vorprüfung oder Genehmigung durch den Kanton. Hingegen soll der Bericht dem Gemeindeparlament zur Kenntnis gebracht und anschliessend durch den Gemeinderat in seiner definitiven Form beschlossen werden. Das Parlament wird damit gebeten, sich konkret zu diesem Grundlagenbericht zu äussern; der Gemeinderat kann die so erhaltenen Erkenntnisse nachher in den

Grundlagenbericht einarbeiten. Im Anschluss daran wird der Grundlagenbericht der Bevölkerung auf der Homepage der Gemeinde zur Kenntnis gebracht.

Die Umsetzung der im Grundlagenbericht definierten Grundsätze des Gemeinderats erfolgt in der Richt- und Nutzungsplanung, die im ordentlichen Verfahren mit Mitwirkung, Vorprüfung, öffentlicher Auflage und Beschlussfassung durch den Gemeinderat (Richtpläne) respektive das Gemeindeparlament (Nutzungsplanung) erfolgt.



Zeitplan und weiteres Vorgehen

11.06.2019	Bericht Siedlungsentwicklung nach innen – Kenntnisnahme durch Parlament
Herbst 2019	Öffentliche Mitwirkung zu Richt- und Nutzungsplanung
Sommer 2020	Vorprüfung Richt- und Nutzungsplanung beim Kanton
Herbst 2020	Beschlussfassung Richtplanung durch Gemeinderat
Frühling 2021	Öffentliche Auflage Nutzungsplanung (Baureglement und Zonenplan)
Frühling 2021	Genehmigung Richtplanung beim Kanton
Sommer 2021	Beschlussfassung Nutzungsplanung durch Parlament
Ende 2021	Genehmigung Nutzungsplanung beim Kanton

Finanzen

Der Grundlagenbericht sowie die weiteren erwähnten Dokumente wurden erstellt im Rahmen des Projekts „Münsingen 2030 – vorausschauend gestalten“. Die Kosten gehen zu Lasten des Investitionskontos Nr. 7900.5290.03.

Beschluss

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament folgenden

Beschluss:

Der Grundlagenbericht zum Projekt „Münsingen 2030 – vorausschauend gestalten“ vom 25.01.2019 wird zur Kenntnis genommen.

Gestützt auf Art. 55 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist dieses Geschäft traktandiert. Eintreten ist nicht obligatorisch. Das Eintreten wird nicht bestritten.

Andreas Kägi, Ressortvorsteher Planung und Entwicklung: Ich will euch kurz, bevor wir in den Grundlagenbericht eintreten, den Zeitplan des Projektes Münsingen 2030 aufzeigen. Der Grundlagenbericht ist ein Teil dieses Projekts. Ihr werdet sehen, dass wir hier auf Spur sind, also wir sind im Zeitplan. Wir haben heute den 19.03.2019 – Kenntnisnahme des Grundlagenberichts. Wir werden an der nächsten Sitzung die Kenntnisnahme des Berichts Siedlungsentwicklung nach innen haben, was eigentlich auch eine Antwort ist auf die GLP-Motion, welche wir vor zwei oder drei Jahren entgegengenommen haben. Wir werden mit der Genehmigung Grundordnung Parlament und so weiter, das Projekt anfangs 2022 in Kraft setzen. Das ist auch dieser Zeitplan, welchen wir letztes Jahr im Zusammenhang mit der Krediteinholung aufgestellt haben.

Damit komme ich zum Grundlagenbericht. Ihr habt diesen gelesen. Das ist ja ein relativ umfangreiches Papier, daher einfach schnell noch einmal zum grossen Bild: Dieser Grundlagenbericht ist ein strategischer Bericht für den Gemeinderat, aber der Steuerungsausschuss des Projekts 2030 hat von Anfang an gesagt, dass dieser Bericht, wie aber auch das Siedlungskonzept nach Innen im Parlament vorgestellt

werden sollen, damit ihr darüber diskutieren und es zur Kenntnis nehmen könnt. Wenn es Rückmeldungen gibt, sind wir natürlich sehr froh für diese. Das werden wir auch einarbeiten können. Dann gibt es eine definitive Form.

Wo stehen wir? Wir haben diesen Grundlagenbericht hier und das Siedlungsentwicklung-nach-Innen-Konzept. Das sind die beiden Grundlagen und diese Grundlagen füllen wir einerseits aus den Bevölkerungsworkshops, welche wir im August und Oktober hatten, aber nachher auch mit den Beschlüssen der entsprechenden Kommissionen. Es sind ja drei Kommissionen involviert. Das sind die Umwelt- und Liegenschaftskommission (ULK), die Infrastrukturkommission (IK) und die Planungskommission (PK), wobei die Planungskommission eigentlich den obersten Entscheid hat und nachher auch den Antrag an den Gemeinderat stellt. Das ist das Vorgehen. Ich will gerne auf fünf Punkte als wichtigste Ergebnisse eingehen, ihr könntet diese auch lesen. Anschliessend will ich je einzeln auf die Grundsätze des Gemeinderates eingehen. Einen Punkt will ich aber noch ergänzen. Ich wurde in der Geschäftsprüfungskommission (GPK) gefragt, wie wir zu der Aussage kommen, dass wir, wenn wir die Bevölkerung erhalten wollen, pro Jahr 25 Wohnungen bauen müssen. Ich kann das hier noch einmal erklären. Wenn vor 30 Jahren eine Familie in eine 4.5- oder 5-Zimmerwohnung einzog, wurden die Kinder irgendwann zwanzig und sind ausgezogen. Dann sind noch zwei in dieser 4.5- oder 5-Zimmerwohnung. Irgendwann, 20 Jahre später ist ein Ehepartner gestorben, dann ist noch ein Ehepartner, welcher für weitere 10 – 15 Jahre in dieser Wohnung verbleibt. Also die Fläche pro Person wird immer grösser. Weil diese Fläche pro Person immer grösser wird, müssen wir zusätzliche Wohnungen bauen oder Wohnraum schaffen, so muss ich es sagen. Ich kann euch das vielleicht anhand einer Zahl sagen. Die mittlere Belegungsdichte ist in den letzten zehn Jahren von 2.4 Personen auf 2.2 Personen gesunken. In der Stadt Bern ist das noch eine wesentlich tiefere Zahl. Das hat auch mit unserer Demografie zu tun. Ich bin ein sogenannter „Babyboomer“. Irgendwann werde ich nicht mehr auf dieser Erde leben, aber in den nächsten 20-25 Jahren werden diese „Babyboomer“ noch sein. Ihr könnt euch an diese umgekehrte Pyramide erinnern, welche da irgendwo heraus zwei Bäuche hat und dieser Bauch wächst jetzt immer weiter hoch in Richtung 75, 80, 85. Wenn dann dieser Bauch weg ist, dann wird sich die Belegungsdichte wieder stabilisieren. Aber das geht noch 25 bis 30 Jahre und dann werden wir wieder einen Ausgleich haben von denen, welche aus den Wohnungen ausziehen, also aus den 4.5- und 5.5-Zimmerwohnungen ausziehen und mit dem Flächenbau wird das wieder einhergehen können. Die Zahl 25 ist eine statistische Zahl, diese gilt für die Gemeinde Münsingen und ist eine Zahl, welche man aus den letzten 25 Jahren erhoben hat und diese stimmt + / -. Manchmal sind es 23 Wohnungen und manchmal sind es 26 Wohnungen. Das ist einfach eine Zahl, 25, welche man statistisch erhoben hat. Soweit zu diesem Thema, warum 25 Wohnungen. Es gibt auch andere Gemeinden mit 35 oder so. Ihr könntet auch lesen, in der Zeit zwischen 2000 und 2010 musste man 50 Wohnungen bauen um den Bestand zu halten. Das ist natürlich auch eine Frage der Planung, wie bringen wir es zustande, dass der Einwohnerbestand nicht sinkt, weil wir weniger Steuereinnahmen haben, wenn die Bevölkerung sinkt und das wird auch heissen, dass wir irgendwann einmal unsere Infrastruktur und unsere Kultur und so weiter nicht mehr in diesem Mass finanzieren können.

Ich komme zu den Grundsätzen. Eine Auswahl: Grundsatz Nummer drei - Konzentration auf Entwicklungsgebiete. Der Steuerausschuss hat klar entschieden, dass wir keine Entwicklungen in den Einfamilienhausquartieren und in den peripheren Zonen wollen. Ausnahme ist die Brückrüti, wo wir auch erklärt haben im Zusammenhang mit der Motion, welche zurückgezogen ist, dass wir diese fördern wollen. Das ist eine Peripherieparzelle. Aber ansonsten wird es keine Entwicklungen in den Einfamilienhausquartieren und in diesen Zonen geben. Das heisst, dass wir uns in Bahnhofsnähe, östlich und westlich von der Bahnlinie Richtung Süden und im Zentrum, Dorfkreisel - das ist das, was ich vorhin gesagt habe - die Tägerschistrasse hinauf gegen „Hertig“ und Hinterdorf - das sind die Parzellen zwischen dem Kobel-Bauer und hintere Bärenmatte und westlich vom Rebackerschulhaus - fokussieren. Das ist das Entwicklungspotenzial der inneren Entwicklung, welches wir im Rahmen dieser künftigen Ortsplanungsrevision realisieren wollen.

Zur Gesamtverkehrslösung: Wir haben uns mit diesem Dreierpakt - mit Entlastungsstrasse, neuen Industriestrasse und der Sanierung der Ortsdurchfahrt - eine Marge geschaffen. Die 6'000 Autos, welche nicht mehr durch das Dorfzentrum fahren, das ist diese Marge. Jetzt sind wir gut beraten, diese Marge nicht so zu bewirtschaften, dass wir in 10 bis 15 Jahren diese Marge nicht mehr haben. Das führt dazu, dass wir schauen müssen, dass wir den Verkehr im Dorfzentrum, welchen wir selbst steuern können, aktiv bewirtschaften. Was wir nicht steuern können ist, wenn Konolfingen, Wichtrach oder Kiesen durch Münsingen fahren. Auf diese Ortsplanungen haben wir keinen Einfluss. Aber wir können zum Beispiel Redimensionierungen von Parkplätzen in Zentrumsnähe vornehmen. Wir können sagen, wir wollen gerne weniger Parkplätze. Das ist in Absprache mit dem Grundeigentümer. Das ist nicht ein Zielbefehl, welchen wir dem Grundeigentümer geben, sondern das wollen wir in Absprache machen. Ich kann euch sagen, wir haben dort bereits Diskussionen geführt im Zusammenhang mit der Planungszone Mäder. Das sind fünf oder sechs Grundeigentümer, unter anderem grosse Pensionskassen. Diesen haben wir das vorgeschlagen und diese haben alle gesagt: „Wir sind dabei“. Wir wollen 1:1, also pro Wohnung einen Parkplatz. Wir unterschreiben das, wir machen das. Das planen wir jetzt so. Ihr werdet es sehen in der

ZPP, im Rahmen der Mitwirkung wird das drinstehen. Die Senevita ist ein anderes Beispiel. Die Investoren merken auch langsam, dass die Leute, welche in das Zentrum hinein kommen, nicht unbedingt mehr als ein Auto brauchen pro Wohnung. Nachher haben wir die Thematik des ganzen Pendlerverkehrs. Ihr konntet es lesen, dass hier 3'700 Leute jeden Tag hinein und 3'700 oder 3'800 jeden Tag hinaus pendeln. Wir werden in den nächsten 20-30 Jahren nicht mehr Trassen bauen können. Wir werden diese Trassen, welche wir haben, auch nicht wahnsinnig ausbauen können. Also ich rede jetzt vom MIF, dem Individualverkehr, aber auch vom öffentlichen Verkehr (öV). Diese Trassen sind endlich, weil wir das Land nicht bekommen, weil wir die Dichte nicht bekommen auf dem öV-Bereich. Wenn wir den Viertelstundentakt haben, ist Bern-Thun von der Trassenbelegung zu. Also müssen wir Überlegungen machen, wie bringen wir die Leute dazu, gar nicht auf die Trassen zu gehen. Da haben wir ein Projekt, ihr konntet es lesen im Münsinger Info. Das Projekt Coworking-Space. Das will die Gemeinde als Initial-Ding ins Spiel bringen. Ich bitte jene, welche es noch nicht gemacht haben, auf der Homepage mitzumachen und zu sagen, ob es etwas ist oder nicht. Ihr konntet lesen, um was es geht. Es ist auch ein vernetztes Denken. Es ist nicht nur ein Anbieten von Arbeitsplätzen, sondern es ist ein Anbieten von gemeinsamen Arbeitsplätzen, z.B. damit der Beck Kaffee und Gipfeli bringen kann, dass das Restaurant ein Catering machen kann an den Coworking-Space, drin hat es KITA-Angebote, dass man mit einem Fitnessclub ein Ding macht, dass wir die Betreiber hier in der Gemeinde mit dem Coworking-Space verschränkt. Das geht nicht um 100 Plätze, sondern wir beginnen einmal. Wir wollen gerne einmal wissen, ob hier ein Bedürfnis in der Gemeinde vorhanden ist. Alle jene, welche dort arbeiten, liegen nicht auf den Trassen. Ich glaube das sind die Wege, welche wir gehen sollten in den nächsten paar Jahren.

Aktivere Boden- und Wohnbaupolitik: Der Steuerungsausschuss hat am 11.03.2019, also letzte Woche entschieden, dass wir den gemeinnützigen Wohnungsbau, welchen ihr aus der SP-Motion lesen konntet, weiterverfolgen wollen. Die Zielsetzung als solches ist vom Steuerungsausschuss also erkannt worden und auch begrüsst worden. Aber, wir wollen es anders aufgleisen. Wir wollen es über Incentives (Anreize) machen, also wir wollen den Investor mittels Anreizsystem dazu bringen - sei das Nutzungsbonus oder tieferer Mehrwertabschöpfungsbeitrag, je nach dem- solchen gemeinnützigen Wohnungsbau in Teilen der Fläche zu machen. Wir wollen aber zusätzlich auch selbst entscheiden, wo dass das stattfindet. Aber das müssten wir noch schauen, ob es die Planungskommission ist oder der Gemeinderat. Es ist nicht jedes Gebiet geeignet für solchen Wohnungsbau. Wir wollen entscheiden, wo dass das ist und wenn die Behörde zum Entscheid kommt, dass das etwas ist, dann nachher werden wir mit diesen Anreizsystemen versuchen, eine gute Lösung zu machen. Und zum Schluss: Beim Land, welches wir haben und dem Land, welches wir vielleicht einmal kaufen können - es ist auch immer eine Frage des Preises - wollen wir ebenfalls ein Lenkungselement einbringen, womit wir es steuern können. Die Abteilung Bau hat den Auftrag erhalten, bis Ende April ein solches Konzept zu erarbeiten. Wir werden dieses Konzept in die Mitwirkung bringen. Dort werdet ihr dann sehen, was die Parameter sind und wie wir es konfigurieren. Nach diesen Richtlinien wird uns die Abteilung Bau diesen Artikel xy, welcher dann im Baureglement ist, konfigurieren. Wer das Modell Sursee kennt, kann das nachlesen. Sursee macht übrigens heute, genau heute am 19.03.2019, im Rahmen der Gemeindeversammlung über ein solches System eine Abstimmung. Ich bin gespannt, wie es dann herauskommt. Etwa nach diesem Modell stellen wir es uns das vor. Und nachher kommt es bei uns in die Mitwirkung, nimmt seinen politischen Prozess und dann hat jeder von euch und jede Partei von euch hat die Möglichkeit, dort ihren Input einzubringen, welchen man dann wieder verarbeitet.

Zum Energiebereich: Dort haben wir im Steuerungsausschuss auch einen Strategieänderung beschlossen. Heute haben wir ja Gebiete, wo nur ganz bestimmte, technische, erneuerbare Energiesysteme möglich sind. Da haben wir gesagt, dass wir das nicht mehr wollen, wir wollen überall ausserhalb des Fernwärmeperimeters - dort gibt es keine Änderungen - dass erneuerbare Energien - unabhängig was es für ein Typ ist oder was es für eine Konfiguration ist - möglich sind. Der Grundeigentümer soll selbst entscheiden, will er jetzt Luft-Wasser oder Wasser-Luft oder eine Erdsondenheizung. Es ist klar, im Grundwasser können wir nicht alles erlauben, es gibt schon noch gewisse Regelungen. Man muss auch noch ein bisschen schauen, ob es Sinn macht oder nicht. Aber es ist kein Perimeter mehr. Es gibt vor allem auch keine Wirtschaftlichkeitsberechnung mehr. Das muss man heute ja immer machen. Wenn man z.B. im Erdsondenbereich eine Luft-Wasser-Wärmepumpe machen will, muss man erst noch beweisen, dass Luft-Wasser für die nächsten 40-50 Jahre günstiger kommt als die Erdsonde. Das wollen wir nicht mehr. Da werden wir eine ganz massive Entschlackung vom System, aber auch eine Entschlackung der Kosten für den einzelnen Grundeigentümer erwirken. Das wird im Energiebericht kommen.

Erhalt von Landschaften und Grünräumen: Das Bild vom Giessenpark ist für mich eigentlich eine wirklich sehr gute Umsetzung von dem, was wir erreichen wollen. Das ist auch beim letzten Mal glaube ich von dir, Andreas Wiesmann, im Zusammenhang mit den Aussenräumen gekommen. Das wollen wir hier auch klar umschreiben und aufschreiben, dass wir hier immer wieder dran erinnert werden. Es ist klar, man muss das anhand vom Objekt entscheiden. Im Giessenpark hat man auch nicht festgelegt, wie viele Bäume hier zu stehen kommen. Das muss eine Zusammenarbeit sein. Aber ich glaube, wenn wir das mit dem Investor, dem Bauherrn zusammen einvernehmlich regeln, dann gibt es gute Lösungen.

Damit komme ich zum Schluss, den Antrag vom Gemeinderat zur Kenntnis zu nehmen. Ich wäre aber froh, wenn ihr Änderungen oder Erweiterungen habt aus dem Grundlagenbericht, dass ihr diese hier sagt. Dann können wir es aufschreiben und nachher noch einarbeiten.

Geschäftsprüfungskommission (GPK), Heinz Malli: Mit reduziertem Personalbestand hatten wir am 04.03.2019 unsere GPK-Sitzung. Bei diesem Traktandum Münsingen 2030 war auch Andreas Kägi anwesend. Er ist entsprechend auf unsere Fragen eingegangen und konnte diese auch beantworten. Ihr habt diesen Bericht gelesen und wir sind der Meinung, dass dieser Grundlagenbericht sehr informativ, sehr interessant zum Lesen ist und auch gewisse Aussagen macht - konkrete oder weniger konkrete. Es ist ein Strategiepapier, wie du sagtest Andreas, behördenunverbindlich. Er zeigt als Strategiepapier sicher auf, in welche Richtung Münsingen sich in Zukunft entwickeln will und welche Wege es gehen will. Aus dieser Sicht finden wir diesen Bericht eigentlich sehr gut. Als Andreas allerdings nicht mehr dabei war, haben wir noch weiter diskutiert und es ist klar, das Strategiepapier lässt viele Fragen offen. Diese muss man jetzt konkretisieren. Vielleicht zwei Dinge, welche wir noch diskutiert haben z. B. gerade zu dieser Siedlungsentwicklung nach innen. Es wird im Bericht dauernd von „im Zentrum“ gesprochen. Aber die Frage ist, wo dieser Perimeter von diesem Zentrum genau ist, wo man jetzt immer davon spricht. Wo ist das genau dieser Perimeter Siedlungsentwicklung nach innen? Aber das kommt sicher im Verlauf noch. Und die zweite Sache, welche wir auch noch diskutiert hatten und uns nicht ganz klar wurde, ist die Formulierung „in Quartieren“. Andreas, du hast es zwar jetzt gerade wieder explizit gesagt, aber heisst das jetzt konkret in ausgewählten Quartieren, wäre also eine Zonenplanänderung z. B. nicht mehr angestrebt. Also das ist wahrscheinlich so zu verstehen? Die Frage ist, ob das eine gute Strategie ist. Aber als Ganzes haben wir gedacht, dass dieser Bericht tiptop ist und nehmen diesen zur Kenntnis.

Grüne Fraktion, Andreas Wiesmann: Danke, dass wir hier zu diesem Thema Stellung nehmen dürfen. Ich denke es ist sehr wichtig. Ich möchte euch in der Folge die Stellungnahme der Fraktion der Grünen zum Grundlagenbericht des Gemeinderats geben. Sie basiert auf einer ziemlich intensiven Diskussion unter den Mitgliedern der Grünen. Wir hatten eine Arbeitsgruppe, welche sich mit diesem Bericht auseinandergesetzt hat. Ich möchte zuallererst allen danken, welche an diesem Bericht mitgearbeitet haben, es war sicherlich eine riesige Arbeit. Insbesondere danke ich auch der Bevölkerung, welche im Rahmen der Workshops sehr engagiert mitgearbeitet hat. Wir denken, der Bericht ist eine gute Diskussionsgrundlage für die weitere Entwicklung von Münsingen. Die Grundsätze des Gemeinderats gehen in die richtige Richtung. Jetzt sind wir gespannt, wie die konkrete Umsetzung in den Reglementen und Richtplänen aussehen wird.

Bevor ich zu den technischen Inhalten Stellung nehme, möchte ich mit einem Zitat beginnen. Ein Münsinger hat mir an diesem Wochenende eine Mail geschrieben und hat mich auf ein Zitat im "Magazin" hingewiesen. Für ihn war das so ein bisschen wie eine Quintessenz oder er dachte, dass es die Münsingen 2030-Diskussion auf einen guten Punkt bringt. Dort sagt der Architekt und Pritzker-Preisträger Balkrishna Doshi im Interview: „Wichtiger als Gebäude zu bauen, ist es, Gemeinschaften zu schaffen“. Ich finde das ein gutes Motto, denn trotz aller technischen Diskussionen im Rahmen von Münsingen 2030 sollten wir nicht vergessen, um was es im Kern geht. Es geht um Lebens- und Arbeitsräume für unsere Gemeinschaft. In der Tat gibt es in Münsingen Überbauungen die nach diesem Grundsatz gebaut wurden in den 60er und 70er Jahren, z. B. Schlossmattstrasse, Promenadenweg, Eigermatte.

Unter diesem Aspekt ist die Antwort des Bundesrats auf das Postulat von Graffenried von 2014 gut verständlich. Das Postulat hiess "Verdichtetes Bauen in Ortszentren fördern, aber wie?". Ich will euch hier ein kurzes Zitat daraus lesen. Ich denke, es zeigt sehr wichtige Aspekte auf. „Um die Akzeptanz der Bevölkerung zu fördern, ist es nicht nur wichtig, Neubauten von hoher gestalterischer Qualität zu schaffen. Es muss vielmehr auch eine vertiefte Auseinandersetzung mit dem Bestand stattfinden, damit ortsspezifische Identitäten, charakteristische Bauten und wertvolle Freiräume erhalten bleiben. Nur so kann sich die Bevölkerung im sich rasch verändernden Umfeld noch genügend orientieren und eine neue Heimat finden.“ Tragen wir diesen Aspekten nicht Rechnung, wird die Umsetzung der Ortsplanungsrevision scheitern. Gemeinschaft schaffen, Heimat schaffen, Identität schaffen. In Ergänzung zu den Aspekten im Bericht könnte man vielleicht den Aspekt Quartiere entwickeln hinzunehmen. Quartierleben fördern, Treffpunkte wie Spielplätze, Grünflächen, Begegnungszonen, Freiräume, Kulturangebote und -räume ermöglichen und schaffen.

Nach diesen vielleicht etwas philosophischen Kommentaren möchte ich zwei Aspekte des Grundlagenberichts herauspicken. Wir haben eigentlich alle diese Grundsätze ein bisschen diskutiert. Sie sind hier im Manuskript drin und ich gebe das dann der Sekretärin zum Verteilen. Ihr könnt es dann selber lesen. Die zwei Themenbereiche, welche unserer Ansicht nach im Bericht untervertreten sind, sind erstens die Anpassungen an den Klimawandel, also der Klimawandel als Randbedingung in der Ortsplanung und der Umgang mit der Mobilität. Das ist der Bericht „CH2018 Klimaszenarien für die Schweiz“ den meteoSchweiz, ETH und weitere erstellt haben. Schauen wir in die Berichte, so sehen wir rasch, dass die Veränderungen die auf uns zukommen, durchaus relevant sind auch für Münsingen, seine Einwohner und das Gewerbe. Die durchschnittliche Temperatur steigt, Extremereignisse werden häufiger und heftiger

ausfallen. Dies bedingt raumplanerische Massnahmen. Zum Thema Hitze hat das Bundesamt für Umwelt mit dem Bundesamt für Raumentwicklung eine Broschüre erstellt. Sie heisst "Hitze in den Städten, Grundlagen für eine klimaangepasste Siedlungsentwicklung". Wenn wir in der Broschüre blättern, so sehen wir sofort, dass die empfohlenen Massnahmen alle Bereiche der Raumplanung betreffen und nicht nur die Freiräume. Ich habe euch hier ein paar Beispiele. Das oben rechts erinnert uns vielleicht ein wenig an den Bahnhofplatz. Es ist natürlich auch immer ein ästhetischer Aspekt, nicht nur ein Kühlungsaspekt von der Vegetation. Wir haben auf der linken Seite Gebäudebegrünungen, wo eine lokale Firma, die Seilerei Jakob z.B. gross im Geschäft ist, oder auch Dachbegrünungen, welche mithelfen, dass sich die Gebäude nicht so stark erhitzen und eben auch nicht so viel Hitze abstrahlen.

Ich komme zur Mobilität. Wie in den Workshops, hat für uns auch im Bericht die Mobilität eine eher untergeordnete Rolle. Dies erstaunt, betrafen doch viele der monierten Negativpunkte am Bevölkerungsworkshop I den Verkehr, respektive die Mobilität. Es nähme uns wunder, wie der Gemeinderat in Zukunft die Entwicklung der Mobilität steuern und im Griff haben will und wie ein weiterer Kapazitätsausbau in Zukunft verhindert werden soll. Der Umgang mit der Mobilität wird leider ein wenig ausgeblendet, wie auch der Fuss- und Veloverkehr. Die Förderung des Öffentlichen Verkehrs ist wichtig und natürlich richtig. Geschrieben wird vom Angebot, ebenso wichtig ist aber die Verlässlichkeit, der fahrplange-rechte Betrieb und die Gewährleistung der Anschlüsse z.B. in Münsingen und Konolfingen, kurz der Aspekt der Zielerreichung. Im Richtplan Verkehr von 2010, also das ist noch von der früheren Ortspla-nungsrevision, hat es Massnahmenblätter. Hier möchte ich auf Blatt 2 „Das Erstellen eines Mobilitätsma-nagement-Konzepts“ hinweisen. Wir denken, diese Massnahme sollte dringend umgesetzt werden. Und schlussendlich, wir begrüssen das Statement des Gemeinderats, dass man Veloville reaktivieren will. Wir denken, Veloville muss nicht nur reaktiviert, sondern überarbeitet und erweitert werden. Auch dem Fussverkehr muss mehr Beachtung geschenkt werden. Wenn wir den motorisierten Individualverkehr reduzieren wollen, müssen wir den Anteil am Langsamverkehr steigern und auch auf Grund der Alters-struktur in Münsingen wird die Fussgängerzahl sowieso in Zukunft steigen. Als konstruktiven Beitrag ha-ben wir dazu das Postulat "Münsingen zu Fuss und per Velo, Fuss- und Veloville Münsingen" eingereicht. Ich danke euch für die Aufmerksamkeit und allen für ihren Einsatz für ein lebenswertes Münsingen.

FDP-Fraktion, Beat Schlumpf: Wir haben den Grundlagenbericht in der Fraktion gelesen. Erst einmal herzliche Gratulation, er ist sehr detailliert. Wir sehen diesen als komplett und auch nachvollziehbar. Be-sonders gefällt uns die ganze Phasenplanung, wie wir das ganze aufgleisen. Ich glaube die Zielsetzung von diesem Grundlagenbericht ist allen klar. Es geht um die Entwicklung von Münsingen in den nächsten plus/minus 15 Jahren. „Münsingen 2030 – vorausschauend gestalten“ steht drin. Das heisst aber auch, Verantwortung übernehmen, Verantwortung als Zentrumsgemeinde.

Wenn wir die Ist-Situation anschauen, merkt man relativ schnell, dass Münsingen in den letzten Jahren gar nicht so stark gewachsen ist, wie wir alle das Gefühl haben. Wir sind unterdurchschnittlich gewach-sen gegenüber der Schweiz und auch gegenüber der Region Aaretal. Die Altersklassen, die demografi-sche Entwicklung, die sogenannte Schere ist in den letzten paar Jahren oder Jahrzehnten sehr stark aus-einander gegangen. Das ist nicht negativ, ist aber unter Umständen auch nicht positiv für die ganze Ent-wicklung. Der Anteil der Personen 65+ hat von 15 % auf 25 % zugenommen. Wenn wir den Ausführun-gen des Gemeinderats Andreas Kägi zugehört haben, mit den „Babyboomer-Jahrgängen“ dann wird das in den nächsten Zeit wahrscheinlich so weitergehen. Münsingen als Zentrumsgemeinde ist natürlich auch attraktiv, vor allem gerade für Ältere. Es ist zu Fuss alles erreichbar, der öffentliche Verkehr ist sehr gut ausgebaut, also das heisst, diese Bevölkerung wird eher überproportional zunehmen. Wenn wir jetzt dort ein wenig schauen, Andreas Kägi hat dies auch erwähnt, im Durchschnitt der Wohnungen zwischen 2002 und 2012 wurden rund 30 bis 50 benötigt, damit man die Bevölkerungszahl plus/minus stabil hal-ten konnte. In der Zukunft spricht man von 25 Wohnungen, welche man braucht, um die Bevölkerung zu halten. Vielleicht ein Fragezeichen, vielleicht müsste man im Gemeinderat diese Zahl noch einmal genau prüfen. Wir haben das Gefühl, dass es unter Umständen ein paar Wohnungen mehr bräuchte, um über-haupt diese Zahl zu halten.

Was uns am Grundlagenbericht etwas fehlt, ist so ein wenig die Entwicklung auf die Zukunft hinaus. Wenn wir in die Statistiken schauen, ist die Bevölkerungsentwicklung im Jahr 2035 gesamtschweizerisch plus/minus 10 Millionen. Also das heisst, wir werden in den nächsten 15 Jahren um rund 15 % wachsen. Das ist so das Mittel, vielleicht sind es 12 %, vielleicht sind es aber auch 18 %, wir wissen es nicht genau. Wenn man das jetzt wieder auf Münsingen herunterbricht, würde das eigentlich heissen mit diesen 15 % hätten wir im Jahr 2035 ganze 2'000 Einwohner mehr. Das heisst es wären ungefähr 134 Personen pro Jahr, welche Münsingen entsprechend wachsen würde, wenn es gleich wachsen würde, wenn man da-von ausgeht, wie die Schweizer Bevölkerung wächst. Also auch das bräuchte wahrscheinlich ein paar Wohnungen - ob das jetzt 40 oder 50 sind, damit wir das entsprechend abdecken könnten. Ich glaube dort dürfen wir die Augen auch nicht verschliessen, dass wir sagen, wir wollen in Münsingen nicht mehr wachsen, sondern wir wollen die Zahl von den 12'500-13'000 entsprechend halten. Vielleicht sind es dann im Jahr 2035, weil wir zu wenige Wohnungen haben nicht mehr 13'000, sondern vielleicht nur

noch 12'000, welche wir haben. Was man sich aber ganz klar bewusst sein muss - durch die Überalterung und dadurch, dass die Leute, welche älter werden auch im Alter immer fitter bleiben, sie länger in den Wohnungen bleiben. Wenn ich jetzt auf mich schaue, meine Söhne sind 8 und 11 Jahre alt, wenn ich das jetzt auf 15 Jahre hinaus rechne, werde ich ihnen wahrscheinlich sagen müssen, ihr müsst ausserhalb von Münsingen wohnen, weil es einfach kein Platz mehr hat, es hat keine leeren Wohnungen mehr. Ich glaube es ist irgendwo eine Gratwanderung. Es wurde vorhin erwähnt, das ganze Zusammenleben, aber auch, dass man die Älteren hier halten kann und ihnen die Infrastruktur entsprechend geben kann - aber auf der anderen Seite die jüngeren, dass auch diese Chancen haben, um hier zu bleiben. Hier braucht man sicher zwei, drei Wohnungen. Dort ist sicher ein Punkt, dass man sich im Klaren ist, was das heisst, wenn man nicht mehr wachsen will beziehungsweise, wenn man auch nicht mehr gross einzonen will und nur kleinere Teile entsprechend macht. Dass man sich auch bewusst ist, dass man entsprechend auf die Zukunft hinaus für unsere Kinder, für die Schüler, welche zum Beispiel bei diesem Workshop mitgemacht haben, welche sich auch geäussert haben, dass sie gerne in solchen Umgebungen Münsingen wohnen würden, dass es für sie in Münsingen auf die Zukunft hinaus keinen Platz mehr geben wird. Das ein bisschen als Anregung auch aufgrund der entsprechenden Weiterentwicklung von diesem Grundlagenbericht.

SP-Fraktion, Linus Schärer: Von der Fraktion SP wollen wir uns auch zuerst bedanken für diesen ausführlichen, interessanten und informativen Bericht, welcher doch starke Aussagen zum Ist-Zustand beinhaltet und sicher auch als Strategiepapier in geeigneter Form daherkommt. Zu Beginn will ich noch zwei Verständnisfragen stellen, welche hoffentlich nachher vom Gemeinderat Andreas Kägi noch beantwortet werden können. Zuerst einmal ist bei uns die Frage aufgetaucht, konkret auf den öffentlichen Verkehr, im Kapitel 5.4 steht drin: „...Sind verschiedene Optimierungen Buslinien bis Ende 2019“. Unsere Frage ist, was sind das für konkret für Optimierungen, welche hier angesprochen werden bei den Buslinien? Wir sind hier einfach nicht in Kenntnis, was jetzt in diesem Jahr noch laufen könnte. Das wurde nämlich vorhin auch bereits angesprochen, dass wir einen guten öffentlichen Verkehr haben aber eben, dass diese Bruchstellen da sind, vor allem, wenn es einmal ein wenig stockt. Es geht wahrscheinlich in die Richtung aber uns würde Wunder nehmen, was konkret mit dieser Aussage gemeint ist. Nachher das zweite ist eine Verständnisfrage. Wir sind es nicht „googlen“ gegangen, wir haben gedacht, wir wollen hier eine richtige Information erhalten. Es geht im Kapitel 5 um das Thema Stärkung des Arbeitsplatzes Münsingen, dort wird der Begriff „Bauzonenverflüssigung“ (Seite 26) gebraucht. Vielleicht könntest du, Andreas, noch ausdeutschen, was mit dem gemeint ist. Das einmal vorweg.

Uns sind noch zwei wichtige Aspekte aufgefallen, welche ich hier darlegen will, welche viele in der Wahrnehmung etwas anders sehen, als es im Bericht dargelegt wird. Eins geht genau in die Aussage auch von Andreas Wiesmann von den Grünen. Und zwar sind wir damit nicht einverstanden, dass dem Aspekt von der klimaangepassten Siedlungs- und Freiraumentwicklung einfach ein kleiner Absatz gegeben wird. Das wird der Herausforderung einfach nicht gerecht, sondern wie Andreas Wiesmann bereits sagte, das müsste übergeordnet vertieft angesprochen werden. Alle, welche sich ein wenig mit der Thematik befassen, lege ich den Bericht, welchen Andreas Wiesmann vorhin vorgestellt hat, ans Herzen mit den neusten Szenarien, welche wirklich ein wenig zu denken geben. Das muss einfach prominenter daherkommen, weil damit fällt und steht alles - auch, wie man sich später in Münsingen wohlfühlen kann und es bringt auch baulich wichtige Aspekte mit sich. Also, das müsste von unserer Seite her viel prominenter daherkommen. Das zweite, was noch ist: Die Aussage zum Verkehr. Es wird ja das Vierfallmodell angesprochen, welches verständlich und nachvollziehbar ist. Wir sind aber der Meinung, dass die Vierfallstrategie eine ziemlich vollmundige und ein wenig überhebliche Feststellung ist, wenn man sagt, dass die Ziele eigentlich bereits frühzeitig erreicht worden sind. Weil beim ersten Fall, Verkehr vermeiden, sind bisher viele griffige Massnahmen gar nicht ernsthaft geprüft worden. Wir reden jetzt hier z. B. von gänzlich autofreien Quartieren, wovon Münsingen als Zentrumsgemeinde mit dem öV prädestiniert wäre. Wir reden von Parkplatzbeschränkungen, welche zwar vorhin angesprochen wurden, aber unbedingt auch umgesetzt werden müssen oder wir reden auch von Carsharing-Initiativen usw. Also einfach die Äusserung, dass Münsingen bei der Vierfallstrategie eigentlich glänzend dasteht, das ist so von uns aus gesehen nicht korrekt. Es ist einfach so, der Verkehr ist und bleibt eine Herausforderung und da muss man einfach dran bleiben. Es ist nicht abgeschlossen. Das vielleicht noch zu dem. Besten Dank und ich wäre froh, wenn ich auf diese zwei Fragen noch eine Antwort erhalten würde.

Fraktion Mitte EVP-GLP-EDU, Samuel Zaugg: Im Namen der Fraktion Mitte ein kurzes Statement. Vielleicht wurde es bereits gesagt, deshalb halte ich mich kurz. Das ist immer praktisch, wenn man der letzte ist, welcher noch etwas dazu sagen möchte. Auch wir verdanken das Papier, haben es studiert und finden es spannend und es geht für uns auch in die richtige Richtung, das wollten wir hier kurz sagen. Mit der Siedlungsentwicklung nach innen beispielsweise und auch das Vorgehen, dass man die Bevölkerung miteinbezogen hat und auch die Schulen und Schulklassen, begrüßen wir sehr. Darum das als kurzes Statement von unserer Seite. Wir sind natürlich auch auf das weitere Vorgehen gespannt. Viele wichtige Dinge wurden zusätzlich angesprochen, welche wir jetzt nicht noch einzeln vertieft haben bei uns in der

Fraktion. Darum wollen wir unser Statement hiermit beenden und freuen uns auf die Weiterentwicklung von Münsingen.

Andreas Kägi, Ressortvorsteher Planung und Entwicklung: Es werden ein paar Schlussworte sein. Zuerst einmal ganz herzlichen Dank für eure Inputs. Grossmehrheitlich habt ihr ja auch gesagt, dass es ein guter Bericht ist. Ich werde das sehr gerne an den Steuerungsausschuss weiterleiten und vor allem an die Kommissionsmitglieder. Da sind ja auch von euren Parteien entsprechend Personen drin. Das war wirklich eine gemeinsame Leistung. Ich muss euch sagen, es hat unheimlich Spass gemacht, diesen Bericht zusammen mit unseren Partnern, der Abteilung Bau und ecoptima zu entwickeln. Wir werden euch den Siedlungsentwicklungsbericht im Juni vorstellen, ich hoffe in der gleichen Qualität. Ich freue mich auf dieses Papier.

Ich komme zu den einzelnen Fragen und Bemerkungen. Wo sind die Gebiete für die Siedlungsentwicklung? Ich habe sie vorhin gezeigt: Das ist östlich und westlich vom Bahnhof in Richtung Süden. Ich glaube, wir müssen heute „Eier zeichnen“, also einen Kreis. Ausserhalb von diesem Ei, ich komme nachher noch darauf zurück, sehen wir keine Siedlungsentwicklung nach innen. Ausser jenen, welche bereits bestehen; Bahnhof West und Planungszone Mäder. Ich habe ebenfalls im Dorfzentrum diese beiden „Eier“ entlang der Tägertschistrasse links, also wenn man nach Tägertschi fährt, und das Hinterdorf gezeigt. Das sind die drei Gebiete, welche wir als Perimeter für Siedlungsentwicklung nach innen anschauen. Das ist der politische Entscheid, welchen wir im Steuerungsausschuss getroffen haben. Wir haben gesagt, erstens einmal haben wir Resultate aus den Bevölkerungsworkshops aber auch Resultate aus dem Abstimmungskampf Jungfrauweg. Diese haben wir konsolidiert und sind zum Schluss gekommen, dass wir uns jetzt auf diese drei Perimeter beschränken. Einerseits nämlich auch, weil wir wahrscheinlich die Kraft gar nicht haben, in den nächsten 10 – 15 Jahren noch mehr bauen zu können und noch mehr zu planen und zu realisieren. In diesen drei Perimetern sind dann Bahnhof West und die Planungszone Mäder auch noch drin, das haben wir hier für uns bereits geplant. Dann kommen oben drauf noch die drei Gebiete. Es hat einmal jemand gesagt „stecke den Zaun nicht zu weit“ und das ist jetzt hier wahrscheinlich der Fall. Das zweite ist, dass die nächste Generation auch noch etwas haben muss zum Entwickeln. Wir müssen ihnen auch die Chance geben, sich im Rahmen von der Entwicklung nach innen und generell in der Entwicklung Überlegungen zu machen. Die nächste Generation soll noch Flächen haben, wo man sagen kann, dort kann man sich noch entwickeln. Ich hoffe Heinz, deine Frage ist beantwortet. Ausser die Mitwirkung und der politische Wille kämen jetzt und sagen, wir wollen überall innere Entwicklung. Das glaube ich aber nicht nach dem Bevölkerungsworkshop. Aber wenn, dann werden wir es anschauen müssen. Wir gehen jetzt aber mit diesen drei „Eiern“ in die Mitwirkung. Wenn es in der Mitwirkung etwas anderes gibt, dann schauen wir es an. Damit habe ich eigentlich beide Fragen gleich beantwortet.

Andreas Wiesmann, es hat mich gefreut, dass das erste Bild, welches du gezeigt hast, ein UBS-Gebäude ist, es liegt nämlich in Oerlikon. Ich habe dort auch immer zu Mittag gegessen und es ist wunderschön. Aber es ist natürlich nicht ganz so, wie du gesagt hast. Wir nehmen das auf, was du gesagt hast, aber es ist nicht so, dass wir es komplett vergessen haben. Wir haben klare Aussagen gemacht bezüglich der Biodiversität, aber auch dem Klima. Ich kann mich erinnern, auf der Seite 33, Ziffer 3.5: „Darüber sind Massnahmen zur örtlichen Reduktion der zunehmenden Hitze, sowie zum Umgang...“. Das ist eine ganz klare Aussage, dass wir das aufgenommen haben. Das war ja auch dein Input in der vergangenen Parlaments-sitzung und das haben wir ganz bewusst aufgenommen. Wir werden das jetzt konkretisieren müssen, das ist ganz klar. Es geht hier jetzt nicht darum, dass wir sagen können, wie wir die Häuser stellen müssen damit wir diesem Anliegen Rechnung tragen können. Das ist dann ein Entscheid zusammen mit den Investoren beziehungsweise zusammen mit den Planern / den Architekten, wie können wir diese Grundstruktur so legen, dass wir dem Rechnung tragen können. Aber das haben wir klar verankert. Ich glaube diesen Punkt, habe ich zumindest den Eindruck, müsste man nicht weiter ausgehen.

Zum Umgang mit der Mobilität. Wir haben klare Aussagen gemacht, bezüglich der Vierfallstrategie. Ich bin ja auch selbst in der Verkehrskommission der Regionalkonferenz und dort sind wir an der Überarbeitung der Mobilitätsstrategie 2040. Ein Punkt, welchen man klar herausgearbeitet hat, ist, dass wir aufhören müssen, das eine System gegen das andere auszuspielen. Es bringt nichts, wenn wir MIV gegen öV und öV gegen MIV und Langsamverkehr und so weiter ausspielen, sondern wir müssen diese drei Verkehrsträger MIV, öV und Fuss- und Langsamverkehr vernetzen. Nicht jeder kann ohne MIV auskommen. Aber wenn wir es hinbringen, dass man den MIV möglichst wenig braucht und auf den öV umsteigt oder auf ein anderes Verkehrsmittel, dann ist das die Vernetzung. Das haben wir hier in Münsingen sehr gut hingebacht. Wir haben ein sehr gutes Ortsbusnetz, wir haben 2030 eine massive Kapazitätserweiterung mit dem Viertelstundentakt. Ich glaube, wir haben dort wirklich sehr viel gemacht, dass wir diese Vernetzung hinbekommen. Wir bauen notabene auch im Senevita 650 Veloparkplätze. Wer mit dem Velo kommt, kann auf den öV umsteigen oder ein mobility-Fahrzeug mieten und weiterfahren. Das ist die Zukunft der Mobilitätsstrategie. Zusätzlich haben wir auch klare Aussagen gemacht, dass wir in grösseren Überbauungen ein Mobilitätskonzept einverlangen. Das haben wir bei Senevita gemacht und werden wir bei weiteren auch machen. Die Investoren, die Grundeigentümer werden klar aufzeigen müssen, wie sie

die Mobilität verstehen und wir werden ihnen dort auch auf die Finger schauen können. Carsharing kann auch eine private Initiative sein. Es muss nicht immer der Staat etwas machen. Mobility ist auch privat entstanden. Ich glaube wir müssen auch aufpassen, dass nicht immer der Staat etwas macht. Wir haben jetzt einmal gesagt, dass wir die Coworking-Spaces als Initialzündung machen. Das ist vom finanziellen absehbar. Man will es aber dann in einen privaten Mechanismus hineinführen. Es gibt noch zahlreiche andere Initiativen, welche man prüfen muss. Man muss einfach aktiv und am Markt sein, was es für neue Modelle gibt und wie man diese bringen kann. Da ist die private Initiative nach meinem Dafürhalten ebenfalls gefragt.

Nachher noch deine beiden Fragen Andreas Wiesmann: Öffentlicher Verkehr – Optimierung. Wir haben den Bürgerbus, ich habe diesen vorgestellt, 2018 eingeführt. Weiter haben wir den durchgehenden Tangento, welcher mit dem Fahrplanwechsel kommen wird. Nachher haben wir eine Optimierung beim Tangento zwischen 4 und 6 Uhr gemacht. Also Optimierung, es ist ein bisschen ein zweischneidiges Geschäft. Wir haben nämlich den Tangento von Belp nach Münsingen herausgenommen, damit der Anschluss nach Konolfingen gewährleistet ist. Damit konnten wir den Anschlussbruch wegbringen und das werden wir dann wieder einführen, sobald die Entlastungsstrasse gebaut ist. Der Durchsatz auf der Ortsdurchfahrt höher wird dann wieder höher sein und damit werden wir diese beiden Kurse wieder hineinnehmen können. Also das ist top und das, was wir gemeint haben mit der Optimierung.

Bei der Bauzonenverflüssigung geht es darum, dass wir zum Beispiel eine Kernparzelle, das ist die südlich von der Biral, verflüssigen können und in einen Überbauungsmodus hineinbringen. Da muss man mit dem Eigentümer sprechen. Beim Hinterdorf, wo wir das gleiche Problem haben, ist auch seit 10 - 15 Jahren ein Stillstand, weil die Grundeigentümer sich nicht bewegen oder nicht bewegen können, weil sie Abhängigkeiten von anderen Grundeigentümern haben. Dort sind wir als Gemeinde aufgefordert, mit diesen Grundeigentümern zu schauen, damit man das Bauland verflüssigt.

Weiter zur Entwicklung der Zukunft. Wir haben diese Zahlen natürlich auch gelesen mit zehn Millionen Einwohnenden. Da muss jetzt sagen, dass diese zehn Millionen immer noch den Ursprung haben, dass die Schweiz netto 60'000 Einwohner pro Jahr wächst. Das ist heute natürlich nicht mehr so, diese Zahl hat sich halbiert. Wir haben heute noch 30'000 bis 40'000 Maximum an Einwohnern. Und nachher muss ich euch sagen, das ist ein politischer Entscheid. Wenn wir hier sagen, wenn die Politik in Münsingen sagt, wir wollen bis 2035 oder 2040 15'000 bis 16'000 Einwohner, dann entscheiden wir das. Aber ich habe nicht das Gefühl, dass wir das entscheiden werden. Es ist nicht so, dass das Wachstum der Schweiz nur in Münsingen stattfindet. Es muss nicht ausschliesslich in Münsingen stattfinden, sondern wir vom Steuerungsausschuss und auch vom Gemeinderat haben klar signalisiert, dass wir ein qualitatives Wachstum wollen, welches wir steuern können und wo wir am Schluss auch die Infrastrukturkosten im Griff haben. Es bringt uns nichts, wenn wir 2'000 bis 3'000 Einwohner mehr haben und dann noch einmal zusätzlich neue Schulhäuser, zusätzliche Abwasserleitungen und so bauen müssen. Das sind dann die sogenannten Sprungkosten und diese müssen wir ganz gewaltig im Griff haben. Ansonsten haben wir dann hier drinnen in der Parlamentssitzung Millionengeschäfte, welche wir beschliessen müssen. Das ist für mich ein politischer Entscheid und ich habe nicht das Gefühl, dass Münsingen heute den politischen Entscheid fällt, wir wollen unendlich wachsen. Das hat der Projektsteuerungsausschuss, wie aber auch der Gemeinderat aufgenommen und gesagt: Ein moderates Wachstum, mehr wollen wir nicht und wenn das dann die nächste oder übernächste Generation anders sieht, soll sie es machen.

Andreas Wiesmann, Grüne Fraktion: Also ich bin nicht ganz einverstanden mit deiner Aussage. Beim Bericht ist es im Kapitel „Frei- und Grünräume“. Und die Anpassungen resp. Planung ist natürlich nicht nur auf die Frei- und Grünräume beschränkt. Es geht auch um Gebäude, zum Beispiel die Ausrichtung der Gebäude, Strassen und Plätze. Das ist nicht unter 3.5 Frei- und Grünräume, ansonsten hat man das einfach komplett falsch verstanden.

Andreas Kägi, Ressortvorsteher Planung und Entwicklung: Gut, also dann werden wir es vielleicht noch anders positionieren. Aber die Meinung hier in diesem Papier ist, dass man dein Votum im Dezember oder dann, wenn es gemacht ist aufgenommen hat und wir wollen das aufnehmen und konkretisieren im Zusammenhang mit der konkreten Überbauungsordnung zum Beispiel. Das ist schon die Meinung. Sonst macht es ja keinen Sinn. Also ist gut, dann werden wir es anpassen und ich nehme es auf. Wir können es auch in die Grundsätze hineinnehmen vom Gemeinderat. Ich persönlich kann mit dem locker umgehen. Aber die Nachricht soll sein, dass wir dieses Problem erkannt haben und wir wollen es lösen am konkreten Beispiel, wenn dir das so reicht.

Beschluss (ohne Abstimmung)

Der Grundlagenbericht zum Projekt „Münsingen 2030 – vorausschauend gestalten“ vom 25.01.2019 wird zur Kenntnis genommen.

Parlamentsbeschluss-Nr.	41/2019
Aktennummer	3.4.2.14
Geschäft	Sanierung Niesenweg - Kreditabrechnung Ausführungskredit Projektteil 1
Ressort	Infrastruktur
Protokollauszug	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinderätin Susanne Bähler • Abteilung Bau • Abteilung Finanzen
Beilage	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentsbeschluss 52/2013 vom 11.03.2013 • Formular Kreditabrechnung Projektteil 1
Auflage (Abteilung Bau)	<ul style="list-style-type: none"> • Detaillierte Kreditabrechnung inkl. Belege

Ausgangslage

Parlamentsbeschluss 52/2013 vom 11.03.2013 – Kreditsprechung Ausführungskredit Projektteil 1, Strassensanierung inkl. Massnahmen Strassenentwässerung und Beleuchtung in der Höhe von CHF 1'246'000.00 inkl. MwSt.

Sachverhalt

Auf Grund der Sanierungsbedürftigkeit des Niesenweges wurden der Belag und die Randabschlüsse im 2013 saniert. Zudem wurde die zirka 90-jährige Trinkwasserleitung und die Elektroversorgung ersetzt, da sie nicht mehr den Bedürfnissen entsprach. Der generelle Entwässerungsplan GEP zeigte eine Sanierungsmassnahme im gewählten Perimeter auf.

Für zu Fuss Gehende und insbesondere Schulkinder bestanden am Niesenweg diverse Sicherheitsdefizite, hauptsächlich längs des Niesenwegs und dem Knoten Niesenweg – Dorfmattheweg. Die öffentliche Beleuchtung musste erneuert und ergänzt werden.

Projektteil 1

Die Totalsanierung des Niesenweges wurde durch die Schmalz Ingenieure AG wie folgt durchgeführt:

- Die bestehenden Einlaufschächte und die Anschlussleitungen an die bestehende Kanalisation wurden wo nötig saniert. Sämtliche 45 Schachtdeckel wurden ersetzt. Bestehende Rinnen wurden durch Einlaufschächte ersetzt.
- Die Fundationsschicht (3'600 m3 Kofferung) wurde auf der ganzen Breite, wo die vorhandene Stärke den Anforderungen nicht genügte, ersetzt. Die Tragschicht (1'100 to) und der Deckbelag (450 to) mussten auf Grund der vielen Belagsflicke und Risse vollständig saniert werden.
- Auf der ganzen Länge des Niesenweges (450 m) wurden beidseitig die Randabschlüsse erneuert. Entlang des Gehwegs wurde ein Doppelbundstein Granit 11/13 zweireihig versetzt.
- Die öffentliche Beleuchtung wurde auf den gesetzlich vorgeschriebenen Stand saniert. Einige Kandelaber wurden versetzt und fehlende ergänzt. Die ganze Strecke wurde auf LED-Lampen umgerüstet.

Finanzen

Das Parlament bewilligte am 11.03.2013 einen Kredit von CHF 1'246'000.00 für die Strassensanierung des Niesenweges inkl. Massnahmen Strassenentwässerung und Beleuchtung.

Die effektiven Gesamtkosten der Sanierungsarbeiten betragen CHF 819'061.90 inkl. MwSt. und unterschritten den Kredit mit CHF 426'938.10 oder rund 34 %.

Gemäss Auskunft des Projektingenieurs ist die Unterschreitung auf marktpolitische Gründe zurückzuführen. Die Ergebnisse der Submissionen lagen massiv tiefer als im Kostenvoranschlag (KV) erwartet. Die Abteilung Bau stellte fest, dass der Projektingenieur im KV viel zu viele Sicherheiten eingerechnet und mit zu hohen Preisen gerechnet hat, dies trotz klaren Aufforderungen ohne Sicherheiten und mit tiefen Marktpreisen zu rechnen.

Aufgrund dieses grossen Unterschiedes zwischen Kreditantrag ans Parlament und effektiver Bauabrechnung hat der Gemeinderat ab dem Jahr 2015 die Verwaltung angewiesen, grössere Kreditanträge möglichst auf der Basis von Submissionen oder Richtofferten zu beantragen. Diese Praxis hat sich seither bewährt.

Beschluss

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament folgenden

Beschluss:

Von der Kreditabrechnung des Investitionskontos Nr. 620.501.78/6150.5010.18 mit einem Total von CHF 819'061.90 inkl. MwSt. und einer Unterschreitung von CHF 426'938.10 wird zustimmend Kenntnis genommen.

Gestützt auf Art. 55 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist dieses Geschäft traktandiert. Eintreten ist nicht obligatorisch. Das Eintreten wird nicht bestritten.

Susanne Bähler, Ressortvorsteherin Infrastruktur: Ich will euch kurz erklären resp. erläutern, warum es so lange gedauert hat. Die Ausgangslage, die Umwege, die Abrechnung, Ergänzungen und am Schluss noch der Beschluss. Ausgangslage: Die Sanierung des Niesenwegs ist vor den Jahren 2013 immer wieder verschoben worden, da die finanzielle Grundlage gefehlt hat. Das heisst aber auch, dass der Werterhalt auf der Strecke geblieben ist, um Kosten zu sparen. Die Ausschreibung für die Bauingenieurarbeiten sind gemäss dem Anhang vom Sonderdiagramm für öffentliche Beschaffungen im Einladungsverfahren durchgeführt worden, da der geschätzte Schwellenwert der Vergabe ohne Mehrwertsteuer zwischen CHF 100'000.00 und CHF 200'000.00 lag. Als Zuschlagskriterium wurde dazumal 100 % Preis definiert. Somit hat die Firma Schmalz Ingenieure AG den Zuschlag erhalten. Das Ingenieurbüro ist von der Gemeinde ganz klar angewiesen worden, den Kostenvoranschlag ohne Sicherheiten und zu marktüblichen Preisen zu berechnen. Am 11.03.2013 hat das Parlament dem Ausführungskredit zugestimmt. Bei dieser im Anschluss öffentlich durchgeführten Submission von den Baumeisterarbeiten sind zwölf verschiedene Offerten eingegangen. Gestützt auf das Angebot im 1. Rang, musste festgestellt werden, dass der Betrag vom Kostenvoranschlag (KV) durch das Ingenieurbüro viel zu hoch berechnet worden ist.

Umweg: Schwierigkeiten und Unvorhergesehenes oder, wie man so schön sagt, manchmal kommt es eben anders, als man denkt. Bei den Kanalfernsehnahmen von den Abwasserleitungen im Frühling 2014 im südlichen Teil des Niesenwegs sind Unzulänglichkeiten im Leitungsgefälle festgestellt worden. Das heisst, die Leitungen wurden nicht gerade verlegt. Es war zu wenig Unterbau drin, das heisst, es wurde mit zu wenig Kies aufgefüllt. Das ergab eine Höhendifferenz von bis zu 3 cm. Die Leitungen im Norden waren in Ordnung. Die Abklärungen bezüglich Verhältnismässigkeit von Ersatzmassnahmen, Haftungsfragen, Garantieleistungen und so weiter unter Beizung von einer externen Fachperson für die Begutachtung und Feststellung von den Folgen für die Gemeinde, hat über ein Jahr beansprucht. So wären wir im 2015 gelandet. Im 2016 ist zudem die Dichtigkeit der Leitungen auf Vorantreiben der Gemeinde überprüft worden. Die festgestellten Mängel mittels Mängelanzeige sind durch die Baufirma bestritten worden. Somit musste ein Gutachter beigezogen werden, welcher diese Mängel bestätigt hat und die Vereinbarung von der Ersetzung der Leitungen weiter zu beobachten. Mit der Bauunternehmung ist vereinbart worden, die TV-Kanalaufnahmen nach zwei Jahren zu wiederholen und das wäre im 2017 erfolgt. Erst nach dieser Kontrolle von den Leitungen konnte die Baustelle offiziell beendet werden und die Leitungen sind zurück in die Hände der Gemeinde gekommen.

Abrechnung: Durch den Gutachter wurden die absehbaren Folgen im Unterhalt vom Kanal ermittelt und die Verhältnismässigkeitsbewertung vorgenommen. Man ist zu dem Entscheid gekommen, dass der Ausbau der mangelhaften Leitung unverhältnismässig gewesen wäre. Also sind mit der ausführenden Baufirma Einigungsverhandlungen im Raum gestanden. Man hat sich geeinigt auf eine einmalige Zahlung von CHF 19'000.00 als Ausgleich für den erhöhten Aufwand welcher der Gemeinde zu Lasten gefallen ist. Der Betrag wurde am 12.10.2017 einbezahlt. Somit hat die Schlussrechnung erst nach Eingang von der finanziellen Entschädigung und der erneuten Auswertung von der Kanalfernsehaufnahmen im 2017 fertiggestellt werden und die Zahlungen und die Schlussrechnung ausgelöst werden können. All diese Umstände haben zur Folge gehabt, dass diese Abrechnung leider erst heute dem Parlament unterbreitet werden kann.

Ergänzungen, andere sagen dem Update: Man muss wissen, dass vor dem Jahr 2014 Ingenieur- und Baumeisterarbeiten aufgrund von Kostenschätzungen ausgeschrieben worden sind. Diese führten zu Beauftragungen, die oft finanziell zu hoch angesiedelt waren und somit oft erhebliche Beiträge in den gesprochenen Krediten nicht benötigt wurden. Da dieser Kostenvoranschlag deutlich über das Ziel hinausschoss, trotz den klaren Anweisungen, hat man die Vorgehensweise ab dem Jahr 2014 geändert. Das ist

durch den damaligen Ressortvorsteher, Andreas Kägi, erfolgt. Heute werden bei grösseren Baumassnahmen im ersten Schritt vorgängig der Kostenvoranschlag mit einer Genauigkeit von + / - 20 % auf der Grundlage eines Vorprojekt ermittelt und anschliessend die Submissionen erstellt. Im zweiten Schritt können die Unternehmen auf dieser Grundlage der veröffentlichten Submission ihr Angebot eingeben. Das Verfahren erhöht eine präzisere Preisangabe für den Kreditantrag von + / - 10 %. Von der Gemeinde ist vorgängig keine Akontoleistung gemacht worden, somit waren auch keine flüssigen Mittel blockiert. Aufgrund der gemachten Erfahrungen ist das Ingenieurbüro Schmalz AG bisher nicht mehr eingeladen worden, weitere Offerten abzugeben. Durch die Hartnäckigkeit seitens Gemeinde ist auch der erhöhte Aufwand durch die Baufirma zurückerstattet worden. Nämlich diese CHF 19'000.00. Es ist der Gemeinde zu keinem Zeitpunkt ein materieller oder ein finanzieller Schaden entstanden. Darum möchte ich euch beantragen, dieses Geschäft zu genehmigen.

Andreas Oestreicher, Aufsichtskommission: Ich nehme an, diese Ausführungen gelten für beide Geschäfte. Gut, ich meine wir haben zwei Bauabrechnungen, welche mit Unterschreitungen abschliessen. An sich soweit gut und problemlos. Schön, es wurde viel Geld gespart, aber wir hatten 2013 zwei Kreditvorlagen und in den Botschaften stand bei der Kostenermittlung im Genauigkeitsgrad + / - 10 %. Das war der Fakt. + / - 10 % ist an sich der Genauigkeitsgrad nicht von einer Kostenschätzung sondern vom Kostenvoranschlag. Wir haben die Abrechnung 1, welche mit -34 % abschliesst und Abrechnung 2 mit -36.45 %. Wir haben diese zwei Abrechnungen überprüft und lange diskutiert. Die Zahlen an sich sind unbestritten, wir stellen nicht zur Diskussion, dass Bruno Buri das falsch verbucht hätte. Diese Zahlen stimmen. Wenn wir von Binden von Mitteln reden, deutsch gesagt es sind keine Akontozahlungen geleistet worden. Das ist soweit nachvollziehbar, aber das Projekt wurde in dieser Grössenordnung eingestellt im Mehrjahresfinanzplan und vielleicht wurden dadurch andere Projekte verschoben. Wir haben Fragen gestellt, diese hast du, Susanne, entgegengenommen und beantwortet. Wir haben einfach festgestellt, dass der Abschluss der Arbeiten im 2015 passiert ist und es ging vier Jahre, bis die Abrechnung hier liegt. Der zuständige Mitarbeiter, welcher dieses Projekt betreut hat, ist mittlerweile nicht mehr bei der Gemeinde tätig. Das ist kein Vorwurf sondern eine Feststellung. Das macht Rückfragen auch entsprechend schwieriger. Ich selbst habe insgesamt zehn Dossiers gesichtet und festgestellt, dass diese zum Teil unvollständig sind. Es sind Register angeschrieben, aber keine Akten drin. Was für uns einfach auch immer wichtig ist, wenn wir solche Rechnungen prüfen, ist der Vergleich Kostenvoranschlag, Submission, Werkvertrag und den kann man so nicht nachvollziehen. Was auch nicht nachvollziehbar ist, ist die Trennung zwischen Einwohnergemeinde und InfraWerkeMünsingen (IWM). Bei diesen Sanierungsprojekten sind auch immer die IWM involviert. Und dann schlussendlich, offenbar hat man da schon reagiert, dass die Begründungen vom Projektingenieur zu den Kostenunterschreitungen sehr schwach sind. Was wir diskutiert haben und an sich auch an die verantwortlichen Stellen Gemeinderat und Verwaltung eingegeben haben ist, dass Abrechnungen nach einem Jahr nach Abschluss sollten vorgelegt werden können sollten zum Abrechnen resp. zum Prüfen. Dies damit auch die Möglichkeit besteht, dass man Projektdossiers mit dem entsprechenden Projektleiter besprechen kann, damit die Vergleiche angestellt werden können, wie ich es gesagt habe zwischen Kostenvoranschlag, Submission, Werkvertrag und auch die Abtrennung zwischen Gemeinde und InfraWerke nachvollziehbar wird. Dann, vielleicht ist es gemacht worden aber in den Dossiers ist es nicht ersichtlich, bei solchen Projekten in dieser Grössenordnung ist es auch immer wichtig, dass man während der Projektausführung Endkostenprognosen macht. Es kann ja auch einmal in die andere Richtung schlagen, dass man 30 % Mehrkosten genehmigen müsste; ein Nachkredit. Das muss man rechtzeitig abfedern können und in den Griff bekommen. Das funktioniert nur mit Endkostenprognosen. Schlussendlich ist noch die Frage, was für Projekte noch anstehen zum Abrechnen. So aus älterer Vergangenheit hinaus. Aber ansonsten empfehlen wir die Kenntnisnahme dieser Abrechnung und von den nicht ganz so schönen Situationen, aber eben im positiven Sinn keine Mehrkosten.

Beschluss (ohne Abstimmung)

Von der Kreditabrechnung des Investitionskontos Nr. 620.501.78/6150.5010.18 mit einem Total von CHF 819'061.90 inkl. MwSt. und einer Unterschreitung von CHF 426'938.10 wird zustimmend Kenntnis genommen.

Parlamentsbeschluss-Nr.	42/2019
Aktennummer	3.4.2.14
Geschäft	Sanierung Niesenweg - Kreditabrechnung Ausführungskredit Projektteil 2
Ressort	Infrastruktur
Protokollauszug	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinderätin Susanne Bähler • Abteilung Bau • Abteilung Finanzen
Beilage	<ul style="list-style-type: none"> • Parlamentsbeschluss 52/2013 vom 11.03.2013 • Formular Kreditabrechnung Projektteil 2
Auflage (Abteilung Bau)	<ul style="list-style-type: none"> • Detaillierte Kreditabrechnung inkl. Belege

Ausgangslage

Parlamentsbeschluss 52/2013 vom 11.03.2013 – Kreditsprechung Ausführungskredit Projektteil 2, Sanierung der Abwasserleitungen in der Höhe von CHF 631'000.00 inkl. MwSt.

Sachverhalt

Auf Grund der Sanierungsbedürftigkeit des Niesenweges wurden der Belag und die Randabschlüsse im 2013 saniert. Zudem wurde die zirka 90-jährige Trinkwasserleitung und die Elektroversorgung ersetzt, da sie nicht mehr den Bedürfnissen entsprach. Der generelle Entwässerungsplan GEP zeigte eine Sanierungsmassnahme im gewählten Perimeter auf.

Für Fussgänger und insbesondere Schulkinder bestanden am Niesenweg diverse Sicherheitsdefizite. Hauptsächlich längs des Niesenwegs und dem Knoten Niesenweg – Dorfmattheweg. Die öffentliche Beleuchtung musste erneuert und ergänzt werden.

Projektteil 2

Die Sanierung der Abwasserleitungen des Niesenweges wurde durch die Schmalz Ingenieure AG wie folgt durchgeführt:

- Die Abwasserleitung konnten im Bereich Niesenweg, zwischen Hausnummer 7 und 14, sowie zwischen Hausnummer 17 und 21, mittels Inliner saniert werden.
- Schadhafte Rohre, Kapazitätsengpässe und Kontergefälle führten dazu, dass zwischen Sägegasse und Niesenweg 4 (70 m), sowie im Bereich Niesenweg 7 (9 m), Niesenweg 15 bis 24 (50 m) und Niesenweg 21 bis Belpbergstrasse (70 m) die Abwasserleitungen ersetzt werden mussten.
- Fehlende Kontrollschächte wurden ergänzt und Schachtdeckel bei Bedarf ersetzt.

Finanzen

Das Parlament bewilligte am 11.03.2013 einen Kredit von CHF 631'000.00 für die Sanierung der Abwasserleitungen am Niesenweg.

Die effektiven Gesamtkosten der Sanierungsarbeiten betragen CHF 400'979.45 inkl. MwSt. und unterschritten den Kredit mit CHF 230'020.55 oder rund 36.45%.

Gemäss Auskunft des Projektingenieurs ist die Unterschreitung auf marktpolitische Gründe zurückzuführen. Die Ergebnisse der Submissionen lagen massiv tiefer als im Kostenvoranschlag (KV) erwartet. Die Abteilung Bau stellte fest, dass der Projektingenieur im KV viel zu viele Sicherheiten eingerechnet und mit zu hohen Preisen gerechnet hat, dies trotz klaren Aufforderungen ohne Sicherheiten und mit tiefen Marktpreisen zu rechnen.

Aufgrund dieses grossen Unterschiedes zwischen Kreditantrag ans Parlament und effektiver Bauabrechnung hat der Gemeinderat ab dem Jahr 2015 die Verwaltung angewiesen, grössere Kreditanträge möglichst auf der Basis von Submissionen oder Richtofferten zu beantragen. Diese Praxis hat sich seither bewährt.

Beschluss

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament folgenden

Beschluss:

Von der Kreditabrechnung des Investitionskontos Nr. 710.501.78/7201.5032.77 mit einem Total von CHF 401'212.10 inkl. MwSt. und einer Unterschreitung von CHF 229'787.90 wird zustimmend Kenntnis genommen.

Gestützt auf Art. 55 Abs. 2 der Gemeindeordnung ist dieses Geschäft traktandiert. Eintreten ist nicht obligatorisch. Das Eintreten wird nicht bestritten.

Beschluss (ohne Abstimmung)

Von der Kreditabrechnung des Investitionskontos Nr. 710.501.78/7201.5032.77 mit einem Total von CHF 401'212.10 inkl. MwSt. und einer Unterschreitung von CHF 229'787.90 wird zustimmend Kenntnis genommen.

Parlamentsbeschluss-Nr.	43/2019
Aktennummer	1.2.1
Geschäft	Einfache Anfragen
Ressort	Präsidiales

Offene Einfache Anfragen aus der Sitzung vom 22.01.2019

Henri Bernhard, SVP – Zukunft Schulareal Tägertschi

Beat Moser, Gemeindepräsident: Grundsätzlich ist festzuhalten, dass Vermietungen von Gebäuden, welche von der Gemeinde sind, entweder im Verwaltungsvermögen oder im Finanzvermögen, in der Zuständigkeit des Bereichs Liegenschaften liegen. Diese kümmern sich um die Vermietung. Hier aber haben wir klar gesagt resp. der Gemeinderat hat bestimmt, dass es wichtig ist, dass man die Bevölkerungsbedürfnisse einholt und wir über die zukünftige Nutzung mit Interessenten, welche ihr Interesse angemeldet an diesem Areal haben, absprechen. Wir haben das am 11.12.2018 gemacht. Am 11.12.2018 hatten wir einen runden Tisch und sind mit den Interessenten, welche Ideen hatten wie man dieses Areal nutzen könnte, zusammengesessen. Ganz klar ist herausgekommen, dass das ein Lebensmittelpunkt von Tägertschi ist. Das Schulareal wird genutzt, vor allem der Panoramasaal und das ganze Umgelände also der Pausenplatz, der Vorplatz und die Spielfläche. Es war ein grosses Bedürfnis, dass das erhalten bleibt. Zudem hatten wir einen Interessenten, welcher in Münsingen in nächste Zeit weichen muss. Es ist die Privatschule SAAT. Diese sucht einen neuen Standort und hat ihr Interesse im Voraus angemeldet. Wir haben ihnen gesagt, dass sie am 11.12.2018 an diesen runden Tisch kommen und ihr Anliegen dort formulieren sollen. Der Gemeinderat hat dann aufgrund der Analyse des runden Tisches beschlossen, dass wir keine Ausschreibung von diesem Areal machen werden. Wieso nicht? Sämtliche Bedürfnisse, welche von den Bürgerinnen und Bürgern genannt wurden, können wir eigentlich nur erfüllen, wenn dieses Schulhaus in dieser Betriebsform weiter genutzt werden kann. Das heisst, dass am Abend diese Räumlichkeiten frei sind oder in den Ferien, so dass das Umgelände überhaupt frei ist damit dort Hockey und Fussball gespielt werden kann und so weiter. Das bringen wir mit keiner anderen Nutzung hin. Darum hat uns das natürlich in die Hand gespielt, dass wir einen Interessenten haben, welcher dort einen Schulbetrieb führen will. Es ist zudem erst noch eine Münsinger Institution, welcher hier in Münsingen einen neuen Standort sucht. Zurzeit gibt es überall Schulhäuser, welche ihr mieten oder kaufen könnt. Es entstehen auch noch weitere: Ihr wisst, Konolfingen hat auch eine Initiative zur Zentralisierung der Schulen angenommen. Auch dort werden in den umliegenden Gemeinden Schulhäuser frei. Also es gibt weiss Gott genug Möglichkeiten, genug Angebote. Es ist auch mehrmals in der Presse öffentlich diskutiert worden und wenn wir wirklich Interessenten gehabt hätten, sind wir überzeugt, hätten sich diese gemeldet. Aufgrund von diesen Tatsachen hat der Gemeinderat beschlossen, dass wir dieses Schulareal Tägertschi ganz sicher nicht verkaufen wollen, weil es ist auch eine strategische Reserve in der Gesamten Schulraumplanung, welche uns wichtig ist und wir erhalten wollen. Wir haben auch gesagt, dass wir dadurch, dass wir einen Interessenten haben, welcher diese Bedingungen ermöglicht, auf eine weitere öffentliche Ausschreibung verzichten. Die Interessenten sind auch bereit, einen Marktzins zu zahlen. Es ist also nicht irgendein Geschäft unter der Hand, welches hier geschieht und wir stehen zu dem. Wie gesagt, die Kompetenz für Vermietungen vorzunehmen ist eigentlich auch sogar noch eine Stufe tiefer.

Neue Einfache Anfragen

Aufsichtskommission – Notfall- und Krisenkonzept (NKK) Volksschule Münsingen

Ausgangslage

- Die ASK hat in den Jahren 2012-2014 das NKK der Volksschule Münsingen untersucht und beurteilt.
- Im Schlussbericht an das Parlament vom 11.03.2015 verlangte die ASK u.a. folgende Massnahmen: Alarmanlage (Ton) muss durch die Gemeinde geändert werden, damit dieser Ton vom üblichen Pausenton unterschieden werden kann und in jedem Zimmer hörbar ist, Termin: bis spätestens 31.12.2015“

Feststellung

Nach 4 Jahren ist die Forderung der ASK noch immer nicht umgesetzt. Nach wie vor kann der Alarmton bis heute nicht vom Pausenton unterschieden werden. Zudem kann der Alarmton bis heute nicht in allen Gebäudeteilen gehört werden.

Weiter bestehen offensichtlich folgende Probleme:

- Die Auslösung der Alarmierung ist nur von einer zentralen Stelle aus möglich.
- Die Alarmierung ist nicht visualisiert (Drehlicht)
- Die Gebäudeteile können nicht einzeln über den Alarm evakuiert werden, dies gilt auch für einzelne Schulzimmer, Sporthallen, Lernschwimmbecken usw.
- Der SIBE des Schulzentrums Rebacker lehnte in einem Schreiben die Verantwortung bezüglich der Alarmierung ab
- Keine Brandmelder in den Anlagen.

Sachverhalt

Der Schriftenwechsel per E-Mail kann wie folgt aufgezeigt werden:

- 09.03.2017 E-Mail an FB Liegenschaften; Nachfrage über den Stand der Dinge
- 14.03.2017 E-Mail von FB Liegenschaften; Anfangs 2017 trifft KV von fux&sarbach ein
- 07.03.2018 E-Mail an FB Liegenschaften; erneute Frage über Stand, nachdem seit dem 14.03.2017 keine Information mehr erfolgte. Ersuchen um proaktive Orientierung an ASK
- 08.03.2018 E-Mail von FB Liegenschaften; Information über Stand, Umsetzung der Massnahme bis Ende 2018, Information in Aussicht gestellt
- 18.12.2018 E-Mail an FB Liegenschaften; Feststellung, dass bis dato keine Information durch FB Liegenschaften erfolgte, Arbeiten müssten fertig sein
- 19.12.2018 E-Mail von FB Liegenschaften; am 20.12.2018 findet Besprechung mit fux&sarbach statt
- 10.01.2019 E-Mail von FB Liegenschaften; Umfassende Information, Umsetzung Alarmierungskonzept bis Ende 2019

Fragen an den Gemeinderat

- Wieso dauert es solange bis das Konzept umgesetzt wird?
- Hier geht es um die Sicherheit der SchülerInnen und um Personenschutz, weshalb wird hier nicht früher reagiert; was sind dem Gemeinderat Menschenleben wert?
- Wieso wird nicht proaktiv informiert?
- Weshalb werden Interventionen der ASK nicht speditiv und förderlich behandelt?
- In welchem Turnus werden Übungen durchgeführt?
- Wer alles ist über die Durchführung der Übungen im Vorfeld informiert?
- Wann hat die letzte Übung in den Ortsteilen Trimstein, Tägertschi und Münsingen stattgefunden?
- Sind die Schulen in Trimstein und Tägertschi in die Verteilung der Dossiers einbezogen?
- Wurde der Auftrag an die Bildungs- und Kulturabteilung für die periodische Aktualisierung des NKK übertragen und kontrolliert (nicht nur auf dem Papier - Erläuterung: Welcher Zeitraum bedeutet periodisch)?
- In welchen Abständen wird das NKK überarbeitet, angepasst und wer ist die zuständige Person (nicht SIBE)?
- Wie wird die Alarmierung gewährleistet, wenn dies nicht von der zentralen Stelle aus getätigt werden kann (Zugang versperrt)?
- Ist die Alarmierung bei Stromausfällen gewährleistet?
- Sind Massnahmen getroffen, damit im Brandfall oder bei anderen Ereignissen sämtliche BenutzerInnen der betroffenen Gebäude/Zonen innert nützlicher Frist evakuiert werden können (auch in den Gebäudeteilen wo der Alarm nicht hörbar ist)?
- Warum wird auf Brandmelder in den bestehenden Schulanlagen verzichtet?

- Warum wird auch im neuen Schulgebäude (Neubau) auf eine Brandmeldeanlage verzichtet und wurde überhaupt in Erwägung gezogen, eine einzubauen? Bestehen diesbezüglich Auflagen der GVB?
- Warum sind im Schloss und im Blumenhaus Brandmelder installiert, zieht man diese Gebäude bezüglich der Sicherheit in den Schulanlagen vor?
- Bei einem Vorfall sind in den Schulanlagen wesentlich mehr Kinder und Personen betroffen als im Blumenhaus und im Schloss, dies steht in keiner Relation zueinander, was sind die Gründe?
- Was für Massnahmen wurden ergriffen als der SIBE Rebacker die Verantwortung ablehnte und wie ist der Stand heute?
- Ist die Alarmierung im neu gebauten Schulhaus sichergestellt (auch bei Stromausfall)? Wenn JA wie? Wenn NEIN: warum nicht und welche Begründung?
- Warum hat die Alarmierung bis heute keine Priorität, was wird mit dieser andauernden Verzögerung bewirkt?
- Werden Verhaltensschulungen bezüglich Notfallszenarien periodisch durchgeführt?

Aufsichtskommission, Andreas Oestreicher: Die einfache Anfrage konntet ihr lesen. Es geht um das Notfall- und Krisenkonzept (NKK). Wir haben es an der letzten Sitzung behandelt und darum wurde es relativ kurzfristig eingereicht. Die Aufsichtskommission hat im 2015 diesen Bereich eingehend geprüft, das sind über zwei Jahren und hat dann im Schlussbericht eigentlich gute Noten ausgestellt mit Ausnahme von der mangelnden Alarmierung. Man hat verlangt, dass dieser innerhalb von Jahresfrist zu beheben ist. Mittlerweile sind vier Jahre vergangen und die Forderung ist noch immer nicht umgesetzt. Wir haben in dieser Zeit auch immer wieder nachgefragt bei der Verwaltung und haben darum ersucht proaktiv zu informieren, das ist leider nicht passiert. Uns haben dann auch bange Gefühle bewogen, jetzt hier konkret einige Fragen zu stellen. Es geht schlussendlich um Personensicherheit. Wir haben zahlreiche Fragen gestellt im speziellen aber auch ganz im Allgemeinen, wie ihr gesehen habt. Die Beantwortung ist heute Nachmittag eingegangen. Besten Dank an den Verfasser für diese eingehende Beantwortung. Wir konnten das untereinander in der Kommission noch nicht besprechen. Wir wollen das noch nachholen und an der nächsten Parlamentssitzung Stellung nehmen.

Beat Moser, Gemeindepräsident: Ich will einfach so viel dazu sagen, dass die Personensicherheit jederzeit gewährleistet ist, auch wenn das mit rudimentärer Alarmierungsmittel ist. Es ist sichergestellt, dass nicht irgendwelche Personen gefährdet sind. Aber wir haben es beantwortet, auch die einzelnen Fragen, wieso es zu dieser Verzögerung kam. Man will das aus einer ganzheitlichen Sicht angehe, damit auch keine Scheinlösungen umgesetzt werden. Ihr werdet diese Antwort schriftlich erhalten, weil es sind zahlreiche Fragen und diese werden wir euch im Vorfeld vom 11.06.2019 schriftlich abgeben.

Parlamentsbeschluss-Nr.	44/2019
Aktennummer	1.2.4
Geschäft	Parlamentarische Vorstösse - Neueingänge
Ressort	Präsidiales

Motion SP – Überarbeitung Art. 70 Baureglement – M1803

Die Originalmotion vom November 2018 wurde zurückgezogen und in neuer Form eingereicht. Es wird aufgrund des laufenden Projekts Münsingen 2030 Dringlichkeit beantragt.

Fraktion SP, Martin Schütz: Ich war schon einmal hier, diesmal mache ich es aber kürzer. Es geht mir wirklich darum, warum wir es dringlich wollen und was ist in der Zwischenzeit passiert. Es hat also diese Veranstaltung gegeben und zwar war das am Donnerstag, 07.03.2019. Wir haben zwei sehr sachkundige Referentinnen gehabt, welche in diesem Gebiet sehr genau Bescheid wissen. Wir haben uns sehr gefreut, dass Andreas Kägi gekommen ist und mitdiskutiert hat. Es waren sehr spannende Diskussionen. Nach diesen sind wir noch einmal hingesessen, wir, welche die Motion eingereicht haben, und haben gesagt, wir verändern das. Das heisst an diesem Abend hat es noch so ausgesehen und nach der Diskussion haben wir gesagt, wir nehmen ein Blatt von diesem vierblättrigen Kleeblatt weg und so sind es noch drei.

Stattdessen würden wir die erste Forderung durch das Postulat ersetzen und zwar weil der Gemeinderat signalisiert hat, dass sie bezüglich Anreizsystem etwas machen werden. Es geht darum, dass man also das Gelände mehr nutzen kann, wenn man dafür Kostenmiete sichert, also den preiswerten Wohnungsbau sichert. Darum denken wir, ist der Gemeinderat auf einem guten Weg, wenn er das macht. Also das ist von dem her nur noch ein Postulat. Dann haben wir den Text überarbeitet, wir haben ihn entschlackt und zwar hatten wir auch Rücksprachen mit Fachleuten, weil wir diesen wirklich im Baureglement drin haben wollen. Wir finden, wir brauchen jetzt einen zeitgemässen Artikel, welcher preiswertes Wohnen

einsetzt. Wieso halten wir fest. Dazu haben wir eine Einleitung geschrieben, dort kann man es nachlesen. Einfach auf zwei Punkte will ich doch eingehen. Erstens, es gibt tatsächlich eine Umwälzung in Münsingen von Bevölkerung. Das heisst, es gibt alteingesessene Münsinger und Münsingerinnen, welche nach einem Abriss keinen Wohnraum gefunden haben und in andere Gemeinden gezogen sind, wo der Wohnraum noch etwas günstiger ist. Zweitens, Jacqueline Badran hat ganz klar aufgezeigt, dass es für eine Gemeinde finanziell sehr lohnend sein kann, wenn man diesen Weg geht und das Land im Baurecht vergibt. Es fliesst dann jedes Jahr ein Baurechtszins zurück und wenn es Bodenwertsteigerungen gibt, dann profitiert auch die Gemeinde davon. Das ist auch der Grund, warum viele Gemeinden diesen Weg begehen. Jetzt noch zur Dringlichkeitserklärung: Wir haben diese Anpassungen gemacht aufgrund der Diskussionen. Wir konnten es nicht einfach so ändern, sondern mussten es zurückziehen und geben es jetzt neu ein. Das Geschäft war eigentlich bereits vorbereitet vom Gemeinderat. Die Überarbeitung vom Baureglement steht an und darum ist aus unserer Sicht wichtig, dass in der nächsten Sitzung im Juni darüber beschlossen werden kann.

Andreas Kägi, Ressortvorsteher Planung und Entwicklung: Merci vielmals für die Einreichung dieser Motion. Ich habe euch ja anhand der Präsentation 2030 erklärt, was der Gemeinderat unter einer aktiven Wohnungs- und Baupolitik versteht, was die Zielsetzungen sind und wie wir es angehen wollen. Ich habe euch auch klar den Terminplan gezeigt, bis Ende April hat die Abteilung Bau ein solches Konzept herauszuarbeiten und zwar nicht nur für das Incentive-Modell sondern auch für die Fragen, welche die SP auch stellt. Ich sehe heute überhaupt keine Dringlichkeit an diesem Thema, weil wir werden früher fertig sein, als man im Parlament je darüber diskutieren kann. Ich will euch einfach rasch sagen, was hier Sache ist. Der Steuerungsausschuss und der Gemeinderat haben intensiv diskutiert im Zusammenhang mit der ersten Motion und haben die Stossrichtung anerkannt und auch klar gesagt, dass wir etwas machen möchten. Wir haben auch aufgezeigt in der Antwort, welche ihr alle lesen konntet und sie war auch aufgeschaltet, bevor die Motion zurückgezogen wurde, was wir mit dem Brückrüti planen. Also man hat klare Signale gesendet, wie wir das umsetzen wollen. Zuerst müssen wir aber einmal die Zielsetzungen eruieren, wir können doch nicht schon bereits von den Massnahmen reden, bevor wir die Zielsetzungen kennen und die auch erarbeitet haben. Das wird die Abteilung Bau zusammen mit dem Steuerungsausschuss diese Zielsetzungen erarbeiten. Danach gibt es ein Konzept, das wird bis Ende April erstellt. Nachher werden die Massnahmen daraus konkretisiert, was, wie gehen wir jetzt hier vor. Das wird dann ein Papier geben oder einen Artikel, welchen man nachher in die Mitwirkung hineinbringt. Dann hat jeder mann, jede Partei Gelegenheit, dort zu sagen, wie sie es sehen. Ich glaube, den politischen Weg müssen wir jetzt auch einhalten und nicht mit einer Motion den laufenden Zug, einen laufenden Prozess bereits versuchen zu beeinflussen, bevor wir überhaupt wissen, wo wir hinmöchten. Also insofern beantrage ich euch, diese Dringlichkeit von der Motion abzulehnen.

Beschluss (11 Ja, 15 Nein, 1 Enthaltung)

Die Motion wird als nicht dringlich erklärt.

Postulat Grüne - Begrünung Bahnhofplatz und Bushof – P1805

Das Originalpostulat vom November 2018 wurde zurückgezogen und in neuer Form eingereicht.

Postulat Grüne – Zugang Velostationen – Bahnhof und velogängige Unterführungen – P1902

Eingereicht am 19.03.2019

Postulat Grüne – Zu Fuss und per Velo – P1903

Eingereicht am 19.03.2019

Postulat SP – Förderung von erschwinglichem Wohnraum – P1904

Eingereicht am 19.03.2019

Postulat EDU – Robinson Spielplatz für grössere Kinder – P1905

Katharina Baumann, EDU: Wir haben jetzt vielschichtig gehört, wie wir hier planen in Münsingen. Eine Frau aus dem Dorf ist auf mich zugekommen mit dem Anliegen und darum habe ich es für unsere Partei formuliert. Sie hat Münsingen gerühmt, was wir alles haben auf einem hohen Niveau. Mit dem Naherholungsraum, diversen Sportplätzen, Badi, Ludothek, Musikschule und vielen Vereinen bietet Münsingen ein riesiges Angebot für Kinder, Schüler und Jugendliche. Der Kinderspielplatz beim Schlossgut wird von den Kleinen rege besucht, auch wenn dieser einmal vielleicht ein wenig überholt werden sollte. Neu haben wir ja auch einen Skatepark, wo die grösseren sein dürfen; es ist viel da. Einzig ein Abenteuerspielplatz für grössere Kinder fehlt. Ein Abenteuerspielplatz ist ein Spielplatz, wo man ein wenig grossflächig

etwas machen kann; eine Hütte zurechnageln kann oder grossflächig malen kann. Einfach, wo es ein wenig Platz braucht, zum Teil betreut aber auch Möglichkeiten bietet, wo man einfach ein bisschen etwas in die Finger nehmen kann. Ihr seid so ein wenig aus dieser Generationen, wo ihr vielleicht zuhause noch eine Werkstatt hattet oder in einer Haushaltung aufgewachsen seid, wo ihr überhaupt noch eine Werkzeugkiste hattet. Das ist heute alles nicht mehr selbstverständlich. Ich denke, es wäre eine Chance, wenn wir darüber nachdenken würden, damit unsere nächste Generation kreativ sein darf und weiter solche Erfahrungen machen darf, wie wir sie vielleicht im privaten Rahmen noch besser machen konnten. Es gibt ganz viele Beispiele: Thun oder Biel sind in der Nähe, welche sehr gute Beispiele haben, welche man anschauen gehen könnte. Ich habe mir einfach überlegt, diese Wiese unter dem Schloss würde noch eigentlich so zentral liegen oder auch ein Teil im Rossboden, wobei man gleichzeitig gerade den Naturspielplatz vom Mosimann Daniel ein wenig aufleben könnte oder auch das Weiterführen dieses Gartenprojekts, welches wir letztes Mal im Januar von Vera gehört haben. Es gäbe viele Synergien, wo man darüber schauen könnte, auch vielleicht zusammen mit dem Schaal und ich bitte einfach den Gemeinderat darüber nachzudenken in Form von einem Postulat. Wäre das etwas, was man für Münsingen umsetzen könnte?